Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- u. Bezugsgeld. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“ und „Amtsblatt der Stadt Merseburg“, der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd“ und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg“

Nr. 51 Mittwoch den 2. März 1921 47. Jahrg.

Deutschlands Gegenvorschläge: 50 Milliarden Goldmark!

Es ist notwendig, zu erkennen, daß das deutsche Volk ein Lebensinteresse daran hat, sich in London mit seinen Vertragsgegnern zu einigen. Diese Einigung darf aber kein zweites Versailles, darf kein zweites Spa werden, die Einigung darf kein Diktat sein, sondern sie muß das sein, was das Wort wirklich besagt, eine Einigung. Das sollten auch die Katastrophenpolitiker von ganz rechts und ganz links bedenken, die ein Scheitern der Verhandlungen auf jeden Fall wünschen, weil diese Phantasten dann hoffen, die Revancheträume oder die Moskauer Träume verwirklichen zu können. Aber auch diejenigen, die die jetzt bekanntgegebenen Gegenvorschläge als viel zu weitgehend ansehen, sollten sich in ihren Betrachtungen richtig einstellen. Es ist verständlich, wenn Zweifel daran gehegt werden, ob diese Vorschläge tatsächlich ausgeführt werden können, und wegen der Höhe sind ja auch von maßgebender Finanzseite derartige Bedenken erhoben worden.. Wichtiger ist aber eines: Wir mußten bis an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit gehen. Von dieser Auffassung waren auch die industriellen Sachverständigen durchdrungen, auf deren Vorschläge wohl in erster Linie die jetzigen Gegenvorschläge zurückzuführen sind. Wir mußten auch die Entente von unserem guten Willen überzeugen, wir durften ihn nicht nur ausdrücken, betonen oder rhetorisch unterstreichen, sondern wir mußten ihn bis in die letzten Winkel, bis in die letzten Einzelheiten haarscharf beweisen. Das ist durch die deutschen Gegenvorschläge voll geschehen. Endlich kommt dazu noch ein weiteres politisches Moment, das beachtet werden muß, wenn Bedenken deshalb geäußert werden, weil wir in gewissem Sinne über die Gegenvorschläge, die seinerzeit von der deutschen Friedensdelegation in Versailles gemacht wurden, hinausgegangen sind Wir waren beim ersten, das heißt in Versailles, in unseren Entschlüssen frei, beim zweiten sind wir Knechte, das heißt wir sind jetzt durch den unterzeichneten Versailler Frieden gebunden. Die Entente mag an den Stimmen des Widerspruchs, die bei uns im eigenen Lande laut geworden sind, ermessen, wie ernst es der deutschen Regierung mit ihren Gegenvorschlägen ist. Nun wird auch verständlich, warum der Minister Simons immer wieder gefordert hat, daß das deutsche Volk hinter der Regierung stehen möge. Die deutschen Gegenvorschläge bürden uns eine ungeheure Last auf, aber über allem steht das furchtbare Muß und die Gefahr, daß uns Unerträgliches aufgebürdet wird, wenn das deutsche Volk jetzt nicht zu den Gegenvorschlägen der deutschen Regierung steht. Wir haben wirklich getan, was wir konnten; wir sind bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit gegangen. Nun hat Lloyd George das Wort.

*

Die erste Sitzung in London.

Aus London wird vom Dienstag berichtet:

Dr. Simons sprach heute um 11½ Uhr vor den Alliierten im Lancaster-Haus. Lloyd George eröffnete die Sitzung mit einigen begrüßenden Worten an die deutschen Delegierten und erklärte, daß die Alliierten folgendes Programm aufgestellt hätten: 1. Die Entschädigungsfrage. 2. Die Abrüstungsfrage. Er fragte Dr. Simons, ob dies seine Zustimmung finde, worauf der deutsche Außenminister klar mit Ja antwortete. Dann begann Dr. Simons seine Darlegungen. Er hob hervor, daß die deutschen Sachverständigen Gegenvorschläge ausgearbeitet hätten, die er hiermit der Konferenz vorlege. Dr. Simons legte dar, daß die deutschen Delegierten zwei Memoranden vorbereitet hätten, worin die Gegenvorschläge enthalten seien. Das eine beziehe sich auf die wirtschaftlichen, das andere auf die finanziellen Fragen. Dr. Simons verbreitete sich ausführlich über die sorgsame Arbeit, die in diesen Memoranden stecke und die durch die Weite der Gesichtspunkte und den Geist der Versöhnlichkeit, die darin enthalten seien, die Alliierten in Erstaunen setzen würden. Die deutsche Regierung hält die Aufstellung eines Zahlungsplanes auf folgender Grundlage für möglich:

Der Zahlungsplan der deutschen Regierung.

a) Der Jetztwert der von alliierter Seite geforderten 42 Annuitäten beträgt bei der Deutschland angebotenen Rückdiskontierung der Annuitäten mit 8 Prozent jährlich etwas über 50 Milliarden Goldmark. Ein ähnliche Ziffer ist auch in Äußerungen der alliierten Presse wiederholt genannt worden. Auf diese rund 50 Milliarden Mark sind die gesamten bisherigen Leistungen Deutschlands auf Grund des Friedensvertrages, soweit sie auf Reparationskonto gutzuschreiben sind, in Anrechnung zu bringen. Ein geringer Abzug für die Vorleistungen würde auch Gesamtzahlungen bedingen, welche über das hinausgehen, was als zukünftige deutsche Leistungsfähigkeit verständigerweise erwartet werden kann. Es wäre zweckmäßig, wenn eine besondere gemischte Sachverständigenkommission den genauen Wert der Vorleistungen baldmöglichst feststellen würde. Durch den Abzug des Wertes der Vorleistungen von dem oben angegebenen Jetztwert der in den Pariser Beschlüssen geforderten Annuitäten ergibt sich der Gesamtbetrag der von Deutschland noch zu leistenden Zahlungen. Dieser Betrag soll baldmöglichst im Wege internationaler Anleihen beschafft werden. Da es jedoch nicht möglich sein wird, den Gesamtbetrag oder auch nur den größten Teil desselben in nächster Zukunft durch eine einheitliche internationale Anleihe aufzubringen, wird zunächst eine Teilmobilisierung anzustreben sein. Zu diesem Zweck schlägt Deutschland vor, eine Anleihe in möglichst großem Umfange, etwa bis zu acht Milliarden Goldmark, auszugeben, welche möglichst auf allen internationalen Finanzplätzen zur Zeichnung gelangt und in allen Emissionsländern von Steuern jeder Art befreit sein soll. Der Zinsfuß der Anleihe soll möglichst niedrig gehalten werden, die Tilgung mit 1 bis 1½ Prozent nach fünf Jahren einsetzen. Deutschland ist bereit, für den Dienst der Anleihe den Anleihegläubigern die nötigen Sicherheiten zu gewähren. Abgesehen von dem Dienst der Anleihe übernimmt Deutschland für die nächsten fünf Jahre die Zahlung einer Annuität von je einer Milliarde Goldmark. Diese Annuitäten werden in erster Linie durch Sachleistungen gedeckt werden. Hierfür soll nach Möglichkeit der freie Verkehr zwischen deutschen Lieferanten und alliierten Bestellern eingeführt werden. Deutschland erklärt ferner erneut seine Bereitwilligkeit, durch Arbeit bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken. Auch diese Leistungen sind auf die Annuitäten zu verrechnen. Der Betrag der deutschen Reparationsschuld, der nicht sogleich durch die internationale Anleihe oder anderweitig gedeckt ist, wird mit 5 Prozent verzinst. Auf diese Zinsen kommen bis 1. Mai 1926 die oben erwähnten Annuitäten von je einer Milliarde Goldmark in Anrechnung. Der Zinsbetrag, welcher hiernach etwa noch ungedeckt bleibt, wird am 1. Mai 1926 ohne Berechnung von Zinseszinsen der Kapitalschuld zugeschlagen. Die weiteren Abmachungen über die Finanzierung der Restschuld Deutschlands, insbesondere auch über die Tilgung, welche nicht vor dem 1. Mai 1926 beginnen soll, bleiben vorbehalten. Sobald als möglich sollen weitere Teilbeträge im Wege der internationalen Anleihe ausgegeben werden.

b) Es wird angenommen, daß die in den Pariser Beschlüssen vorgesehene 12prozentige Abgabe von der deutschen Ausfuhr eine Beteiligung der Alliierten an einer in Zukunft zu erwartenden Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands bezweckt. Der Grundgedanke einer Beteiligung der Alliierten an einer wirtschaftlichen Besserung Deutschlands wird anerkannt. Dieser Gedanke hat jedoch schon dadurch weitgehende Berücksichtigung gefunden, daß die vorstehenden Vorschläge sich nicht auf die jetzige Leistungsfähigkeit Deutschlands gründen, sondern eine vernünftige Einschätzung der Zukunft in Rechnung stellen.

c) Alle noch nicht erfüllten finanziellen und Lieferungsverpflichtungen Deutschlands aus Teil 8 Abschnitt 1 nebst Anlagen und Teil 9 des Vertrages von Versailles sind als abgegolten anzusehen. Das gleiche gilt von der Hergabe des Erlöses für zerstörtes Kriegsgerät (Artikel 169) und von der sich aus Teil 10 ergebenden Verpflichtung Deutschlands, die Liquidation und Zurückbehaltung des in den alliierten Ländern befindlichen deutschen Privatvermögens zu dulden. Unberührt bleibt die Verpflichtung Deutschlands zur Restitution aus Artikel 238. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Voraussetzung des Artikels 431 des Vertrages von Versailles als eingetreten gilt, sobald der gesamte zu a festgesetzte Betrag gezahlt ist. Voraussetzung für die vorstehenden Vorschläge ist:

1. daß die Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Deutschlands ausfällt und demgemäß Oberschlesien bei Deutschland belassen wird;
2. daß die Hemmungen des Weltwirtschaftsverkehrs beseitigt und das System wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung durchgeführt wird.

Der amtliche deutsche Bericht.

London, 1. März. Heute vormittag ½12 Uhr fand in Lancaster House die erste Vollsitzung der Konferenz statt, an welcher außer der deutschen die englische, französische, italienische, belgische und japanische Delegation teilnahmen. Von der deutschen Delegation waren Reichsminister Dr. Simons, die Staatssekretäre Bergmann und Schröder, Ministerialdirektor v. Simson und v. Le Suire und Staatssekretär Lewald anwesend, ferner der Botschafter Sthamer.

Lloyd George, der Präsident der Konferenz, eröffnete die Sitzung, indem er vorschlug, zunächst die Reparationsfrage zu besprechen. Reichsminister Dr. Simons willigte ein und legte den Standpunkt der deutschen Regierung zu den Pariser Beschlüssen in der Reparationsfrage dar, die in der vorliegenden Form unmöglich ausführbar seien. Einzelheiten darüber enthalte die deutsche Denkschrift, die er der Konferenz überreichte. Reichsminister Dr. Simons gab sodann einen Überblick über die deutschen Gegenvorschläge.

Lloyd George bemerkte namens der Alliierten, daß die deutschen Vorschläge nach seiner Meinung auf einer gänzlichen Verkennung der Bedürfnisse der Länder beruhten. Die Alliierten würden aber unter sich beraten und morgen ihre Antwort geben. Daauf würde die Sitzung gegen 1 Uhr geschlossen.

Der Standpunkt der deutschen Regierung unverändert.

Die deutsche Regierung steht, wie wir an unterrichteter Stelle hören, nach wie vor unerschütterlich auf dem bereits bekannten Standpunkt, daß die jetzt veröffentlichten Gegenvorschläge Deutschlands das Äußerste darstellen, was wir leisten können und wozu die deutschen Sachverständigen sich verpflichten können. Man gibt sich allerdings in Regierungskreisen keinem uferlosen Optimismus hin, sondern glaubt vielmehr, daß es außerordentlich großer Mühe bedarf, die Alliierten von der Richtigkeit der deutschen Gegenvorschläge zu überzeugen. Deshalb wurde uns keineswegs verhehlt, daß die Lage ernst sei. Immerhin ist schon insofern etwas erreicht worden, daß die Alliierten offen die Absicht zugegeben haben, die deutschen Gegenvorschläge einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Die Gegenvorschläge stellen eine Verhandlungsbasis dar und es hängt von der Einsicht der Alliierten ab, ob sie diese Basis benutzen wollen oder Europa zu einer wirtschaftlichen und geschichtlichen Katastrophe bringen wollen. Das eine muß nochmals und immer wieder betont werden, daß wir bereit sind, auf der Grundlage der Gegenvorschläge zu verhandeln, daß wir aber eine Unterschrift unter ein Diktat der Alliierten, das ein Verlangen über die Grenzen dieses Möglichen darstellt, verweigern müssen.

Die sachliche Art und Weise, mit der die deutsche Regierung vorgeht, wird noch besonders betont durch eine Gegendenkschrift, die auf Grund von Sachverständigen-Urteilen zu der Denkschrift der Sachverständigen der Alliierten herausgegeben worden ist.

*

Die deutschen Denkschriften.

Berlin, 2. März. Unter den Denkschriften, die die deutsche Regierung in London überreichte, befindet sich auch eine im Reichswirtschaftsministerium bearbeitete kurze Denkschrift, die sich mit der Denkschrift der alliierten Sachverständigen über den Haushalt des Deutschen Reiches beschäftigt. Während die Alliierten bei der Prüfung der Ausgaben darauf hingewiesen haben, daß eine Reihe von sogenannten wirtschaftlichen Ausgaben (Lebensmittelversorgung, Baukostenzuschuß und Defizite bei den Betriebsverwaltungen) verschwinden müßten, und daß zusammen mit diesen Ausgaben Ersparungen von 31 Milliarden Mark gemacht werden könnten, Ersparungen, die fast ausschließlich im außerordentlichen Budget liegen, betont die deutsche Denkschrift, daß die Kernfrage die sei: Wie ist es für Deutschland möglich, den eigenen ordentlichen Bedarf und daneben noch die Ausgaben für Reparationen durch laufende Mittel aufzubringen. Die deutsche Denkschrift weist gegenüber den Schlußfolgerungen der Alliierten darauf hin, daß schon die ordentlichen Ausgaben des Reiches für 1921 43,5 Milliarden Mark betragen werden. Die Erhöhung gegen 1920 ist bedingt durch Vermehrung der Schuldenzinsen um 2,7 Milliarden und Vermehrung der laufenden Ausgaben infolge der Gehaltsaufbesserungen, wodurch drei Milliarden Mark mehr nötig werden. Es wird dann in der Denkschrift gezeigt, wie die deutsche Regierung versuchen wird, den Mehrbedarf hereinzubekommen. Die außerordentlichen Ausgaben sollen im Jahr 1921 bereits sehr stark eingeschränkt werden, nämlich auf 42,6 Milliarden, darunter 26 Milliarden Mark für die Ausführung des Friedensvertrages. Die deutsche Regierung

Die Deutschen sollen nicht weiter gehört werden, weil die Franzosen besetzen wollen!

London, 2. März. (T.U.) Der Sonderberichterstatter der Agence Havas in London berichtet, daß das Hauptergebnis der gestrigen Nachmittagssitzung der Vertreter der Alliierten der einstimmige Beschluß gewesen sei, keine weiteren Darlegungen der Deutschen über ihre Gegenvorschläge entgegen zu nehmen. Die deutschen Gegenvorschläge seien einstimmig als unannehmbar und sogar undiskutabel bezeichnet worden.

Paris, 2. März. (T.U.) Die heutigen Pariser Morgenblätter sind einstimmig in der Ansicht, daß die Rede des deutschen Außenministers Dr. Simons auf die Alliierten den schlechtesten Eindruck gemacht habe. Frankreich habe den Wunsch, die Strafmaßnahmen sofort durchzuführen. Dieser Auffassung wird jedoch von englischer und italienischer Seite lebhaft widersprochen. Dem „Echo de Paris“ ist zu entnehmen, daß Lloyd George vorderhand nur wirtschaftliche Strafmaßnahmen wünscht. Im Namen der italienischen Delegierten erklärte Graf Sforza, der Buchstabe und der Geist des Vertrages von Versailles müßten beachtet werden. Unbedingt sei also der 1. Mai abzuwarten. Wenn die Alliierten eine andere Haltung einnähmen, könnten die Deutschen selbst in den Ententeländern Anhänger finden, wodurch eventuell die Anwendung der militärischen Strafmaßnahmen auf Schwierigkeiten stoßen würde und Deutschland sich an den Völkerbund wenden könnte.

Paris, 2. März. (WTB.) Pertinax berichtet im „Echo de Paris“: Lloyd George habe gestern vorgeschlagen, man solle einfach die Verkäufe Deutschlands in den alliierten Ländern mit einer Taxe von 50 Prozent belegen. Dagegen werde Frankreich vorschlagen: 1. die Beschlagnahme der deutschen Zolleinnahmen am linken Rheinufer gemäß Artikel 270 des Friedensvertrages, 2. die Errichtung eines autonomen Zollsystems im Rheinland, 3. die Beschlagnahme der rheinischen Kohlenhäfen. — Im „Petit Journal“ wird von einer weiter geplanten Maßnahme gesprochen, nämlich der Besetzung von Mannheim und des Hamburger Hafens durch eine englische Seedivision.

Brüssel, 2. März. (WTB.) Der Chef des belgischen Generalstabes wurde von der belgischen Delegation eiligst nach London berufen.

Die Pläne der Franzosen,

die im Falle einer Weigerung Deutschlands zur Anwendung kommen sollen, werden, nach einer telegraphischen Meldung des Wolff-Büros aus London, fast von der ganzen englischen Presse besprochen. Daily Expreß gibt den folgenden Aktionsplan wieder: Die Belgier würden die Gegend von Dortmund besetzen. Die Franzosen würden sich der Stadt Frankfurt am Main bemächtigen, um dann später nach Süddeutschland und unter Umständen bis nach München vorzustoßen. Auf diesem Wege wollen sie dann die Einwohnerwehren mit Gewalt entwaffnen. Der Hafen von Hamburg soll durch eine alliierte Flotte blockiert werden. Wenn England sich dazu nicht bequemen wolle, würden die Franzosen auch diese Aktion übernehmen.

Berlin. 2. März. Der Londoner Berichterstatter der „B. Z.“ drahtet seinem Blatte: Der Beschluß der Alliierten, heute die militärischen und juristischen Sachverständigen zu Rate zu ziehen und das Ergebnis dieser Beratungen im ganzen den Deutschen mitzuteilen, kann in seiner Tragweite garnicht überschätzt werden. Es handelt sich um nichts weniger als um die Frage, wann in Deutschland einmarschiert werden soll. Die Frage, ob dies geschehen soll, steht garnicht auf der Tagesordnung. Die juristischen Sachverständigen sollen nur ihr Gutachten abgeben, ob nach dem Versailler Vertrag ein Einmarschieren vor dem 1. Mai gestattet ist oder nicht. Der französische Ministerpräsident fordert, daß sofort einmarschiert werden soll. Graf Sforza erklärt, daß eine Okkupation rechtlich unzulässig sei.

Deutschlands Standpunkt.

Berlin, 2. März. (WTB.) Nach hier vorliegenden Nachrichten scheinen die deutschen Gegenvorschläge bei den Alliierten einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen zu haben, wie es ja die Äußerungen Lloyd Georges in der gestrigen Sitzung der Konferenz vermuten ließen. Es wird sich heute herausstellen, ob nach dem Verlaufe der gestrigen Sitzung eine Grundlage für weitere Verhandlungen gefunden werden kann.

Berlin, 2. März. (Telegramm unserer Berliner Redaktion). Bis zu den heutigen Mittagsstunden lagen im hiesigen Auswärtigen Amt keine neuen Nachrichten aus London vor. Zu der Kritik von Seiten der Entente an den deutschen Gegenvorschlägen, wie sie in einer Havasmeldung geübt wird (die wir an anderer Stelle wiedergegeben haben D. R.) wird von gut unterrichteter Stelle erklärt: Die Hauptaufgabe der deutschen Gegenvorschläge war, wenigstens einen Teil der deutschen Schuld zu mobilisieren. Hierfür wiesen die Vorschläge den Weg. Wenn Kritik daran geübt wird, daß zunächst nur acht Milliarden in Form einer Anleihe aufgenommen werden sollen, so war hierfür die Erwägung maßgebend, daß der Weltmarkt für eine größere Summe nicht aufnahmefähig wäre. Der Zinsendienst für eine solche Anleihe wäre so schwer, daß im Voraus feststeht, daß Deutschlands Wirtschaft unter dieser Last zusammenbrechen würde. Die Bemängelung der deutschen Vorleistungen erfolgt, ohne daß ein Beweis erbracht wird. Die ganze Kritik der Gegenseite bedeutet, daß man dort unsere Vorschläge leichtfertig verurteilt, ohne sie eingehend zu prüfen.

Mit der Abreise unserer Vertreter muß gerechnet werden.

London, 1. März. Die Situation muß nach der ersten Sitzung als sehr ernst angesehen werden und die Abreise der deutschen Delegation am Mittwoch ist keineswegs ausgeschlossen.

Lloyd George ersuchte Simons zum Schluß, seine Vorschläge schriftlich zu übergeben, setzte aber hinzu, daß diese Vorschläge nach seiner Ansicht ein gänzliches Mißverständnis der Situation zeigten und daß sie nicht einmal die Grundlage für eine Prüfung und Diskussion bilden.

Die Entscheidung der Alliierten dürfte den Deutschen morgen mitgeteilt werden.

Man erwartet einen deutschen Umfall.

Aus London wird weiter berichtet: Die Alliiertenkonferenz trat um 4 Uhr nachmittags zusammen. Die ernste Lage wird in weiten Kreisen verkannt, da man vielfach der Ansicht ist, daß die Deutschen wieder umfallen werden.

Polens Hoffnung!

Warschau, 2. März. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) In polnischen Regierungskreisen äußert man unverhohlen die Hoffnung, die Entente werde bei ihrem Einmarsch in Deutschland Polen ein Mandat erteilen. Man gibt an, französische Zusicherungen hierfür schon in der Hand zu haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210302-14/fragment/page=0001
DFG

geht dann auf die einzelnen Punkte ein, die die einzelnen Sachverständigen kritisch vorgenommen haben, und widerlegt ruhig und sachlich eine Reihe von Punkten. Vor allem betont sie, daß, um ein gerechtes Bild zu bekommen, man nicht bloß mit den Einnahmen eine Umrechnung in Gold vornehmen dürfe, sondern, daß dann auch die Ausgaben in Gold umgerechnet werden müßten. Wenn man die Verhältnisse, die die Alliierten selbst angenommen haben, zugrunde lege, dann würden im Hauptetat für 1920 die laufenden Ausgaben für die ganze Reichsverwaltung einschließlich der Wehrmacht von 9,3 Milliarden Papiermark auf 930 Millionen Goldmark zurückgeführt; aber die Meinung, als ob noch eine Reihe von Milliarden bei der augenblicklichen Reichsverwaltung gespart werden könnten, ist irrig. Bei allen Sparversuchen wird man nicht dazu kommen, Milliarden zu gewinnen in einem Umfange, daß damit auch nur annähernd die Wünsche der Gegner befriedigt werden könnten.

Der zweite Teil der Denkschrift geht dann im einzelnen auf die Bemerkungen der Alliierten bezüglich der deutschen Einnahmen ein. Es werden die Erwartungen der alliierten Sachverständigen, daß aus den bestehenden direkten Steuern sehr große Mehrerträge gegenüber den Voranschlägen gewonnen werden könnten, im einzelnen geprüft. Es wird vor allem die Frage der indirekten Besteuerung und ihre Ausbaufähigkeit kritisch gewürdigt. Es wird gezeigt, daß sich auch hier das Belastungsbild in jedem Augenblick mit der Kaufkraft der Mark ändert und daß infolgedessen überhaupt durch eine Umrechnung in Goldmark kein wirkliches Bild für die Dauer gewonnen werden kann. Es wird weiter gezeigt, zu welch falschen Schlüssen man kommen muß, wenn man nur die Steuersätze oder die Steuerergebnisse einzelner Steuern in Gold umrechnet. Will man die Goldumrechnung wählen, muß man das ganze Steuersystem in Betracht ziehen, muß man weiter das Volkseinkommen in Gold umrechnen und daraus den Belastungskoeffizient ziehen. In diesem Zusammenhang weist die Denkschrift auf die Schätzung des gegenwärtigen Nationaleinkommens an der Hand der Ergebnisse des Lohnabzuges hin und errechnet daraus ein gesamtes Volkseinkommen in Papiermark von 140 Milliarden, in Gold umgerechnet ergibt sich aber bei 60 Millionen Bevölkerung auf den Kopf dann nur ein Goldeinkommen von 233⅓ Goldmark im Jahr. Hierin drückt sich die ganze Verarmung des deutschen Volkes aus.

Wenn man nicht nur die Steuersumme, sondern auch das Einkommen in Gold umrechnet, dann erkennt man erstaunt die starke Vorbelastung, die bereits durch den eigenen Bedarf des Reiches auf dem deutschen Volke ruht.

Bezüglich der indirekten Besteuerung werden dann die einzelnen Steuermöglichkeiten geprüft. Aus dem Alkohol erwartet man bereits für das Jahr 1922 durch Konsumvermehrung und Steuererhöhung einen Mehrertrag von 2¾ Milliarden Papiermark. Trotz starker Steuererhöhungen wird auf die Dauer kein besonders großer Überschuß über den eigenen inneren Bedarf zu erzielen sein. In den Schlußfolgerungen wird dies ausdrücklich dargelegt und vor allem gezeigt, daß es absolut unmöglich sei, die in den Pariser Beschlüssen geforderten Goldannuitäten auf dem Wege der Besteuerung aufzubringen.

*

Presseäußerungen zu den deutschen Gegenvorschlägen.

Berlin, 2. März. Die Blätter sind sich darin einig, daß die deutschen Gegenvorschläge bis an die äußerste Grenze der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands gehen. Der „L.-A." fragt sogar, ob sie überhaupt erfüllbar seien. Wenn versichert werde, daß diesen Vorschlägen die zu erwartende Besserung unserer Wirtschaftslage zu Grunde gelegt sei, so scheine dieses Vertrauen in die Arbeitstüchtigkeit des deutschen Volkes doch erheblich übertrieben zu sein, wenn man von vornherein die Voraussetzungen entziehe, unter denen allein sie sich entfalten könnte. Das alles ist allenfalls nur verständlich, wenn man bedenkt, daß die deutsche Regierung den äußersten Versuch wagen wollte, mit der Gegenseite zu einer Verständigung zu gelangen. Das Blatt ruft dem Minister zu, er solle unter allen Umständen fest bleiben. Wenn man nachgebe, werde die Entente ganz gewiß auf ihrem Schein beharren.

Die „Germania" hebt hervor, daß das deutsche Angebot im Grunde dasselbe sei wie die Forderungen der Alliierten. Wir setzten nur an die Stelle der erdrückenden und hochverzinslichen Renten von 42 Jahren das Ursprungskapital. Der Unterschied ist nur der, daß wir Deutschen nicht auf 1½ Menschenalter der Entente nach festen Sätzen versklavt werden würden, sondern hoffen dürften, auf dem Wege einer internationalen Anleihe etwas leichtere Abbürdungsbedingungen zu erzielen. Den guten Willen, bis an die äußerste Grenze unseres Könnens zu gehen, könne uns bei der grundsätzlichen Übereinstimmung mit dem Kapitalverlangen der Entente kein Gegner mehr streitig machen. Im Falle der grundsätzlichen Einigung in London liege der Beweis des gleich guten Willens auf der Gegenseite. Daß Deutschland die Versklavung nicht gleichgiltig auf sich nehmen könne und werde, darüber herrsche auf deutschem Boden auch angesichts der rollenden Würfel keine Meinungsverschiedenheit.

Das „B. T." weist darauf hin, daß zahlreiche der deutschen Sachverständigen der Ansicht gewesen seien, daß die deutschen Vorschläge über die Kraft Deutschlands weit hinausgingen und warnt die Alliierten vor jeder Illusionspolitik. Die Tage von Versailles seien nicht mehr. Heute werde es keinem vorlauten Dreinreden gelingen, den Willen Deutschlands ins Wanken zu bringen, einen Entschluß umzuwerfen, der jedem verständlich erscheine.

Der „Vorwärts" schreibt, der gordische Knoten der Reparation sei nicht mit dem Schwert zu lösen. Es wäre Katastrophenpolitik schlimmster Art, mit der sich die Entente vor den sachlich denkenden Menschen aller Länder um den letzten Rest ihres Ansehens selbst bringen würde, wenn die Alliierten jetzt schon abbrechen oder sonstwie zum Ausdruck bringen sollten, daß sie an ihren mörderischen und selbstmörderischen Pariser Forderungen festhalten. Dann gilt es für das deutsche Proletariat, zusammen zu halten zu seiner eigenen Rettung und zur Rettung der Arbeiterklasse der ganzen Welt vor dem schlimmsten Sklavenjoch, das jemals der Kapitalismus hat aufrichten wollen.

Die Pariser Presse erklärt die deutschen Vorschläge für völlig unannehmbar!

Aus Paris wird uns berichtet: Die Pariser Abendzeitungen erklären in ihren Berichten über die Sitzung im Lancaster Hause einstimmig, daß die Vorschläge, die Reichsminister Dr. Simons gemacht hat, völlig unannehmbar seien. Lloyd George habe gesagt, dieser Vorschlag bedeute eine Verkennung der Lage. Wenn das Memorandum, das die deutsche Delegation überreichen wolle, nichts anderes enthalte als die Begründung dieser Vorschläge, dann bedürfe es weder einer Prüfung noch einer Diskussion. Der englische Premierminister, der beim Beginn der Sitzung die deutschen Delegierten sehr höflich empfangen habe, sei am Schluß der Auseinandersetzung mit den Deutschen ungeduldig geworden und habe zu einem anderen Alliierten geäußert: „Wir müssen ein Ende machen, sonst sollen wir schließlich noch Geld herausgeben." Nach der Sitzung, die um 2¼ Uhr zu Ende war, wurde beschlossen, daß die Alliierten um 4 Uhr in Downing Street eine Sitzung abhalten wollten. Es wird hervorgehoben, daß Lloyd George alle Sachverständigen, mit Einschluß der militärischen, und ebenso Marschall Foch bat, sich zur Verfügung des Obersten Rates zu halten. Da diese Meldung ziemlich gleichlautend in allen Pariser Zeitungen steht, und da sie nicht von den Berichterstattern der Zeitungen gezeichnet ist, scheint sie aus offiziöser Quelle zu stammen.

Die „Maßnahmen".

London, 2. März. (Reuter.) Die alliierte Konferenz von gestern hat beschlossen, die juristischen und militärischen Ratgeber um Rat zu befragen, mit dem Ziele, die deutsche Delegation am Donnerstag von den Maßnahmen in Kenntnis zu setzen, die die Alliierten zu treffen sich vorgenommen haben. Die Sachverständigen treten Mittwoch früh 10 Uhr zusammen. Die alliierten Delegationen versammeln sich mittags, um den Bericht der Sachverständigen entgegenzunehmen und sich über eine entschiedene Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge schlüssig zu werden.

Die Brücken noch nicht abgebrochen?

London, 2. März. Das Reuter-Communiqué charakterisiert den Ernst der Lage, aber eine Überraschung bedeutet es auch nicht. Bis Donnerstag ist Zeit gewonnen. Das ist viel wert. Die Brücken sind noch nicht abgebrochen.

*

Die Entscheidung in der Orientfrage.

London, 1. März. „Daily Expreß" erfährt, daß, nachdem Griechenland entschieden den Vorschlag einer Untersuchungskommission abgelehnt hat, die Entente in der Frage der bestrittenen Gebiete zugunsten der Türkei entscheiden wird.

Die Lage im Reiche.

Die Verhandlungen über die „Kriegsverbrechen".

Lange Zeit hat die Entente ihr Material wegen der abzuurteilenden vorgeblichen Kriegsverbrechen deutscher Soldaten und Offiziere zurückgehalten. Zudem mußten die Bestimmungen über die Zeugenvernehmungen in Übereinstimmung gebracht werden. Zu diesem Zwecke hatten sich zwei deutsche Vertreter nach London begeben. Im englischen Unterhaus hat jetzt der britische Generalstaatsanwalt erklärt, daß in gewissen Punkten des Verfahrens eine Einigkeit erzielt worden sei. In einem Monat etwa sollen vor dem Reichsgericht in Leipzig die ersten Fälle abgeurteilt werden, wozu England britische Vertreter entsenden will. Es ist nur zu beklagen, daß die Entente so gar keine Anstalten macht, ihre eigenen Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen. Die „Helden" vom „King Stephan", die „Baralong"-Mörder und französischen Peiniger wehrloser Gefangener sind zum großen Teile namentlich bekannt. Die Entente kann hier einmal zeigen, ob sie für eine unparteiische Sühnung der Kriegsverbrechen ist. Das deutsche Gericht wird ohne Ansehen der Person und nur nach objektiven Rücksichten seine Urteile fällen.

Der Korridorskandal.

Nach wie vor sind polnische Häscher am Werke, führenden deutschen Persönlichkeiten nachzustellen und sie unter nichtigen Vorwänden bei der Korridordurchfahrt zu verhaften. So hielten die Polen in Neustadt einen Kaufmann Krause aus Berlin an, der in geschäftlichen Angelegenheiten über Stettin und Danzig nach Königsberg fahren wollte. Sie beschuldigten ihn der Paßfälschung und sagten ihm, er wäre nicht ein Kaufmann Krause, sondern Hauptmann Krause aus Danzig, der Generalsekretär des Deutschen Volksrates und Heimatdienstes. Der zu Unrecht Beschuldigte mußte vierzehn Tage lang im Neustädter Gefängnis schmachten, bis sich herausstellte, daß er wirklich der Kaufmann Krause aus Berlin sei. Wann werden solche Zustände der unerhörten Deutschenverfolgungen endlich aufhören? Die Unverletzlichkeit der Person bei der Korridordurchfahrt muß unbedingt sichergestellt werden.

Der Finanzdiktator zurückgetreten.

Der Geheimrat Carl, der die besondere Aufgabe erhalten hatte, Pläne für Ersparnisse im Reichshaushalt auszuarbeiten, ist von seinem Amte zurückgetreten. Wenn der „Vorwärts" in diesem Zusammenhange davon schreibt, daß der jüngst eingesetzte gemischte Ausschuß unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern die Pläne des Sparkommissars durchkreuzte, so ist das ebenso unrichtig, wie wenn das genannte Blatt von Widerständen spricht, denen der Sparkommissar sich gegenüber gesehen habe und die ihren Sitz anscheinend im Reichsministerium des Innern hätten. Daß diese Angaben völlig gegenstandslos sind, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Sparsamkeitsvorschläge des Reichsministers des Innern Koch, wie wir hören, weit über die Vorschläge des Reichskommissars Dr. Carl hinausgehen. Die Tätigkeit des gemischten Ausschusses würde also lediglich eine wertvolle Ergänzung, nicht aber eine Durchkreuzung der Pläne des Sparkommissars bedeuten.

Ein gefährdeter Stapellauf.

Flensburg, 2. März. Dienstag mittag 1 Uhr sollte auf der Flensburger Schiffswerft ein 12 000-Tonnen-Dampfer vom Stapel laufen, der für die Aktiengesellschaft Hugo Stinnes für Seefahrt und Überseehandel in Hamburg erbaut worden ist. Er soll den Namen „Tirpitz" erhalten. Großadmiral v. Tirpitz wird die Taufrede halten. Auch Hugo Stinnes und andere hervorragende Persönlichkeiten werden zu der Feier anwesend sein. In letzter Stunde scheint aber der Stapellauf durch einen Beschluß der Werftarbeiter in Frage gestellt zu sein. In einem Artikel der „Flensburger Volkszeitung" wird gegen die Benennung des neuen Schiffes mit dem Namen Tirpitz protestiert. Zugleich wird mitgeteilt, daß die Werftarbeiter in einer Abstimmung mit überwältigender Mehrheit beschlossen haben, das Schiff nicht vom Stapel laufen zu lassen „wegen des anrüchigen Namens und der Anwesenheit berüchtigter Persönlichkeiten".

Da das Verhalten der Arbeiterschaft einen glatten Kontraktbruch darstellt, hat die Werftleitung die gesamte Arbeiterschaft ausgesperrt. Tausend Arbeiter sind dadurch beschäftigungslos geworden.

Die deutschen Schulden!

Berlin, 2. März. Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat dem Reichstag eine Anleihedenkschrift für das Jahr 1920 vorgelegt. Nach der vorjährigen Denkschrift, die die bis Ende September 1919 gegebenen Anleihen wie die auf Grund der Anleihegesetze geleisteten bis zum Abschluß des Rechnungsjahres 1918 endgiltig verrechneten Ausgaben umfaßt, beläuft sich der Gesamtbetrag der Anleihekredite auf 178 328 902 026 M. Diese Summe erhöht sich auf Grund einzelner Gesetze aus den Jahren 1920 bis zum Betrage von 253 798 316 284 M, ermäßigt sich aber durch Ersparnisse und Verrechnungen von in Zahlung gegebenen Kriegsanleihestücken um 8 067 874 306 M, so daß sich als Gesamtbetrag der Anleihekredite 245 730 441 977 M ergeben. Das gesamte, auf Grund der Anleihekredite gegebene Schuldkapital betrug am 30. September 1920 224 049 764 861 M. Von den Schuldverteilungen im Gesamtbetrage von 72 397 773 700 M waren am 30. September 1920 18 121 892 700 M gleich 25 v. H. in das Reichsschuldbuch eingeschrieben. Der gesamte bis 30. September 1920 an Schuldverschreibungen und verzinslichen Schatzanweisungen begebene Anleihebetrag verzinst sich im Durchschnitt mit 4,993 v. H.

Ferner sind dem Reichstag vom Reichspostminister Giesberts die Entwürfe eines Gesetzes über Postgebühren, eines Gesetzes über den Zeitpunkt der vom Weltpostkongreß in Madrid beschlossenen ausländischen Postgebühren, eines Gesetzes zur Änderung des Postscheckgesetzes vom 20. März 1914 und eines Gesetzes betr. Änderung der Telegraphengebühren vorgelegt worden. Der Reichsrat hat den Entwürfen in der vorliegenden Fassung zugestimmt.

Vor der Abstimmung in Oberschlesien.

Aus Berlin wird uns berichtet: Die englischen Verstärkungstruppen für Oberschlesien werden vom Rhein aus über Gerstungen, Erfurt, Falkenberg, Kottbus, Sagan, Liegnitz befördert werden. Die tschecho-slowakische Regierung hat, wie bereits gestern kurz gemeldet, ihren im Hultschiner Ländchen ansässigen Staatsangehörigen, die in Oberschlesien abstimmungsberechtigt sind, die Teilnahme verboten. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Versailles für den Fall, daß Oberschlesien an Polen fällt, der südliche Teil des Kreises Leobschütz in Oberschlesien der Tschecho-Slowakei zugeteilt werden soll, während sonst dieser Gebietsteil bei Deutschland verbleibt. Die deutsche Regierung hat deshalb bei der Regierung in Prag und bei der Interalliierten Kommission Einspruch erhoben, um so mehr, da die tschecho-slowakische Regierung einige Zeit zuvor einen Entschluß gefaßt hatte, in dieser Frage unbedingte Neutralität zu beobachten.

Merseburg und Umgegend.

2. März.

Rücktrittsgesuch des Landeshauptmanns.

Uns wird folgendes mitgeteilt:

Zuverlässigem Vernehmen nach hat der Landeshauptmann unserer Provinz, Freiherr v. Wilmowski, nach der jetzt erfolgten Neuwahl des Provinziallandtages sein Abschiedsgesuch eingereicht. Der am 22. März zusammentretende Provinziallandtag wird daher die Wahl eines Nachfolgers vorzunehmen haben. Etwaige Meldungen sind an den Provinzialausschuß in Merseburg zu richten.

*

** **Personalien.** Der Regierungszivilsupernumerar Gießler hier ist zum Regierungsobersekretär ernannt. — Zum Königlich spanischen Honorar-Vizekonsul mit dem Amtssitze in Leipzig ist Herr Wilhelm J. Weißel an Stelle des Herrn Gustav Georg Nikles von Preßentin genannt von Rautter ernannt und namens des Deutschen Reichs bestätigt worden. Zu seinem Amtsbereiche gehören auch die Regierungsbezirke Merseburg und Erfurt.

** **Die Ausstellung von neuen Steuerkarten** erfolgt laut einer Bekanntmachung des Landrats im heutigen Amtsblatt nur, wenn die alten vollständig aufgebraucht sind.

** **Aufstellung der Landbeschäler im Jahre 1920.** In der Deckstelle Lützen sind 2, in Wallendorf 3 Beschäler des Preußischen Landgestüts Kreuz aufgestellt worden. Am 15. Februar hat die Deckzeit bereits begonnen. Wir verweisen auf die Bekanntmachung des Landrats im heutigen Amtsblatt.

** **Die Hundesteuer** beträgt zufolge einer Bekanntmachung des Kreisausschusses im heutigen Amtsblatt vom 1. April 1921 ab 20 M jährlich. Die von gewerbsmäßigen Hundezüchtern zu zahlende Steuer erhöht sich auf 150 M.

** **Die Liste der beschlagnahmt gewesenen Kirchenglocken,** die noch vorhanden sind, liegt laut einer Bekanntmachung des Landrats im heutigen Amtsblatt bis zum 17. März d. Js. auf dem Landratsamt zur Einsicht aus. Rückkaufsanträge sind an die Metallmobilmachungsstelle in Berlin zu richten.

** **Über Abgabe von verbilligtem Mais und Maisfuttermehl** im Austausch gegen Getreide erläßt der Landrat im heutigen Amtsblatt eine Bekanntmachung, auf die wir an dieser Stelle hinweisen.

** **Anmeldungen zum Lyzeum für Ostern 1921,** auch für den Besuch der 10. Klasse, die vorläufig erhalten bleibt, können vom 3. bis 5. März in der Zeit von 12—1 Uhr bei Direktor Seele angebracht werden. Tauf- und Impfzeugnis sind vorzulegen. Auswärtige haben nur insoweit Aussicht auf Aufnahme, als nach Aufnahme der Einheimischen Platz zur Verfügung steht.

** **Vom Domgymnasium.** Die in diesen Tagen stattgefundene Prüfung wurde von sämtlichen zwanzig zugelassenen Oberprimanern mit Erfolg bestanden. Die weiteren Namen sind: Wilhelm Hagemann, Karl Reinhardt, Helmuth Ronicke, Erich Rechenbach, Werner Trenkner. Weiter wurde in besonderer Prüfung das Zeugnis der Reife zuerkannt den Prüflingen Haenchen, Keindorf, Kretzschmar, Wartner. Die Kriegsnotreifeprüfung bestanden die auswärtigen Prüflinge Deike, Kuntze, Webding.

** **80 Prozent können die Umsatzsteuererklärung nicht selbst machen.** Die Umsatzsteuer verlangt von einem großen Teil der Steuerpflichtigen Arbeiten, zu denen sie nicht fähig sind. Nach den Berichten der Umsatzsteuerämter werden besonders bei kleineren Ämtern bis zu 80 Prozent der Steuererklärungen wegen der Unbeholfenheit oder Unwissenheit der Steuerpflichtigen auf dem Amt mündlich abgegeben. Auch sonst begegnet gerade diese Steuer den größten Schwierigkeiten, was allerdings durchaus erklärlich ist. Nach dem Bericht der großen Ämter enthalten bis zu drei Viertel der Steuererklärungen zu niedrige Angaben über die vereinnahmten Entgelte. Es handelt sich dabei zum Teil um erhebliche Beträge.

** **Die Benutzung der Hengststation Wallendorf.** Wie in der letzten Versammlung des Bauernvereins Merseburg und Umgegend bekannt gegeben werden mußte, hat das Landgestüt Kreuz den Wünschen betr. Stellung von besseren Hengsten nach Wallendorf nicht entsprochen. Angeblich liegt dies daran, daß andere Bezirke mit einer genügenden Anzahl gekörter Stuten bevorzugt werden müssen. Da die wiederholten Bemühungen des Vorstandes, eine Pferdezuchtgenossenschaft zu gründen, leider ohne jeden Erfolg geblieben sind, will der Bauernverein wenigstens eine Liste der körfähigen Stuten der Mitglieder aufstellen, um diese dann mit den zunächst keineswegs sehr hohen Anforderungen bezüglich der Körung vertraut zu machen und daraufhin zur Körung ihrer Stuten anzuregen. Dieser einzige Weg zur Erlangung besserer Hengste ist allseitiger Unterstützung wert.

** **Vom Eisenbahnverkehr.** Um alle Zweifel darüber zu beseitigen, daß Halle tatsächlich nicht benachteiligt werden soll, sendet die Eisenbahndirektion den Zeitungen noch folgende Erklärung zu: „Veranlaßt durch Mitteilungen in einer Sitzung des „Vereins Hallesche Presse" sind in der letzten Zeit beunruhigende Ausführungen über die Umgestaltung des mitteldeutschen Eisenbahnverkehrs in den hiesigen Zeitungen erschienen, die in wesentlichen Punkten unzutreffend sind. Hiernach soll beabsichtigt sein, wegen Überlastung der Strecke durch Arbeiterzüge für das Leunawerk einen großen Teil der Schnellzüge von Berlin nach Frankfurt, München und Stuttgart sowie den Schnellzug Breslau—Halle—Köln nicht mehr über Halle, sondern über Leipzig zu leiten. Diese Vermutungen entbehren der Begründung. Es werden nicht nur die vorhandenen Schnellzüge auch vom 1. Juni ds Js. ab über Halle geführt, sondern es besteht die Absicht, den Schnellzugsverkehr über Halle durch Einlegung neuer Züge noch zu verbessern, wenn die Betriebslage im nächsten Sommer dies gestattet. Durch die Arbeiterzüge für das Leunawerk ist zwar die Strecke Halle—Naumburg zeitweise außerordentlich belastet, jedoch hat dies bisher noch nicht den Anlaß zur Umleitung von Schnellzügen gegeben."

** **Jahrmarkt und Diebstähle.** Der mit dem heutigen Tage zu Ende gehende Oculi-Jahrmarkt ist einer der stärksten seit Jahren gewesen. Selten sind so viele Stände auf dem Entenplan, dem Markt und dem Roßmarkt bis in die Breite Straße zu einem Jahrmarkt aufgeschlagen gewesen, wie in diesen Tagen. Nach den Beobachtungen ist das Geschäft ein ziemlich lebhaftes gewesen, sogar in „warmen Würstchen". Zuckerwaren sah man wieder ganze Berge aufgeschichtet. Besonders viele Unterkleidung und Tuchstoffe wurden ausgeboten. Von den frühen Nachmittagsstunden ab war in den Straßen nur mit größter Mühe und Geduld durchzukommen, auf dem Markt selbst mußte man Schlangenmensch markieren, um sich durchzuwinden. Trotzdem wurden auch im größten Gedränge die Kinderwagen durchgeschoben, ohne daß ein Unglück passierte. Entsprechend dem Zeichen unserer Zeit waren natürlich auch eine ganze Anzahl Diebstähle zu verzeichnen, an einem Stande wurde ein ganzes Stück Zeug auf einmal gestohlen. Die Diebe und Diebinnen arbeiteten besonders am Dienstag in den späten Nachmittags- und Dämmerstunden mit Erfolg.

** **Tivoli-Theater.** Zum letzten Male ging gestern abend die tolle Operette „Fräulein Puck" über die Bretter. Mit dem Inhalt haben wir uns bei der Erstaufführung beschäftigt. Die Wiedergabe war eine durchaus gute und erzielte große Heiterkeitsausbrüche. Artur Dechants Baron Waldi war eine gelungene Gestalt, ihm ebenbürtig war Frau Henkel-Dechant als Susi. Auch das zweite Paar Heinz (Hans Anders) und Thea (Cläre Glaß) konnte befriedigen. Das Gleiche gilt von den drei Grafen Klaps von Klapperstein mit den beiden Frauen. Die besten Figuren waren unzweifelhaft Adolar (Curt Zilliger) und Adelgunde (Emmy Jakob). Die musikalische Begleitung verdient ein besonderes Lob. Das Haus war nur mäßig besucht.

** **Das große Filmwerk „Anna Boleyn",** das bei der Aufnahme bereits großes Aufsehen erregt hat, und bei der Reichspräsident Ebert als Gast zugegen war, wird vom Freitag ab in den Kammer-Lichtspielen zur Aufführung gelangen. In der Hauptrolle als Anna Boleyn tritt die beliebte Künstlerin Henny Porten auf. Die Regie führte in bekannter technischer Ausführung Ernst Lubitsch. Damit beginnt die Verfilmung der Shakespeareschen Dramen.

** **Ein Schubert-Abend** findet am Sonnabend, den 5. März 1921, abends 7½ Uhr in „Müllers Hotel" (E. Rühlke) statt, der von der Sängerin Frau A. Spalwingk veranstaltet wird. Siehe die Anzeige in der heutigen Nummer unserer Zeitung.

** **Elisabeth Schumann-Liederabend.** Es sei nochmals auf das morgen Donnerstag, den 3. März, abends 7 Uhr, im „Schloßgartensalon" stattfindende Konzert hingewiesen, zu dem nur noch wenige Plätze frei sind.

*

Der Kirchliche Verein des Neumarkts

hielt am Dienstag abend 8 Uhr im „Merseburger Raben" eine gut besuchte Monatsversammlung ab, die Pastor Boit mit der Verlesung und Erklärung eines kurzen Schriftwortes eröffnete, der sodann die Erschienenen herzlich willkommen hieß. Sodann gab er unter den geschäftlichen Mitteilungen bekannt, daß am nächsten Montag im „Strandschlößchen" ein Familienabend stattfinden wird, bei dem auch der wieder ins Leben gerufene gemischte Chor das erste Mal wieder auftreten wird. Für den Sommer sind ein Ausflug und ein Familiennachmittag in Aussicht genommen; näheres wird in der nächsten Versammlung bekannt gegeben werden. Ein Vorschlag, den Vormittagsgottesdienst einmal ausfallen zu lassen und dafür eine Wanderung in die Natur anzutreten, und unter freiem Himmel eine Andacht zu halten, findet allgemeine Zustimmung. Wenn die Beteiligung rege ist, kann öfter etwas Derartiges unternommen werden. Als Zeit wird die Baumblüte, als Ort die Fasanerie oder Löpitz in Anregung gebracht. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils hielt Pastor Boit einen anschaulichen Vortrag über den Friedensvertrag von Versailles und seine Bedeutung für das deutsche Volk. Von einem Vertrage, wie er zwar amtlich heißt, kann ja gar nicht die Rede sein, denn es handelt sich ja lediglich um ein Diktat. So viel Schmachvolles die 440 Artikel auch enthalten, so hat man doch unbewußt gleich in den ersten Zeilen Deutschland ein Ruhmesblatt errichtet: der Frieden wird abgeschlossen zwischen 27 Nationen einerseits — eigentlich sogar 28, denn Rußland fehlt — und Deutschland allein auf der andern Seite. Da ist es ja schließlich keine Schmach, daß wir unterlegen sind. Desto mehr müssen wir aber protestieren gegen eine solche Versklavung, wie sie der Versailler Vertrag bringt. In drei Beziehungen versklavt er das deutsche Volk: er enteignet unsere kostbarsten Besitzungen, er bedeutet weiter eine Entmündigung unseres Reiches und eine Entrechtung unseres Volkes. 1/7 allen deutschen Gebietes, 1/8 der Gesamtbevölkerung wird dem Mutterlande entzogen werden. Die Erze Lothringens, die Kohlen des Saargebietes, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Ostprovinzen werden sich recht unangenehm durch ihr Fehlen bemerkbar machen. Am 20. März steht in Oberschlesien die Entscheidung bevor

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210302-14/fragment/page=0002
DFG

ein Gebiet, das durch deutschen Fleiß und deutsche Tüchtigkeit hochgekommen ist, soll uns entrissen werden. 100 000 Mann sollen uns innerlich und äußerlich vor Übergriffen schützen, während allein im besetzten Gebiet 140 000 Besatzungstruppen liegen. Nicht nur über den Rhein, sondern über alle deutschen Ströme haben wir das Selbstbestimmungsrecht verloren. Überall sitzen in den Kommissionen Vertreter unserer ehemaligen Feinde, während wir außerhalb unserer Grenzen kein Wort mit zu reden haben. Die Entschädigungssummen, die wir zahlen sollen, sind nicht vorstellbar, sie könnten von uns und unsern Kindern nicht aufgebracht werden. Unsere Kolonien sind uns geraubt, unsere Flotte, Seeflotte wie auch Binnenlandsflotte, und unsere Flugzeuge sind bis auf einen kümmerlichen Rest ausgeliefert worden. Überall Knechtung, Knebelung und Versklavung. Aber warum tut man das alles? Nur weil man unsere Stärke fürchtet, man will verhüten, daß Deutschland jemals wieder Groß- und Weltmacht werden soll. Und gerade diese Furcht kann uns neues Vertrauen geben, wir brauchen nicht zu verzagen, wir brauchen den Mut nicht sinken zu lassen. Über den Ereignissen steht ein Höherer, der uns jetzt in seiner Schule hat. Er wird die Grenze zu ziehen wissen und auch uns aus dieser Not herausführen. Nach einer kurzen Aussprache schloß der Vorsitzende die Versammlung nach Eintritt der Polizeistunde.

*

Auf nach Oberschlesien!

Der Transport der Abstimmungsberechtigten nach Oberschlesien beginnt am 8. März d. J. Die Sonderzüge verkehren in der Zeit vom 8. bis 18. März. Die Rückfahrt erfolgt nach der Abstimmung in derselben Weise wie die Hinfahrt, und zwar dergestalt, daß die zuerst eingetroffenen Abstimmungsberechtigten auch zuerst wieder abtransportiert werden.

Um allen Abstimmungsberechtigten die Teilnahme an der Abstimmung zu ermöglichen, hat der preußische Justizminister angeordnet, daß die Gerichte Gesuchen der Parteien, Angeklagten, Zeugen, Sachverständigen, Schöffen oder Geschworenen, die anläßlich der Abstimmung in Oberschlesien zur Verlegung anstehender Verhandlungstermine eingereicht werden, in weitestem Umfange entgegenkommen sollen. Es empfiehlt sich, derartige Anträge jetzt nach Bekanntgabe des Abstimmungstermines unverzüglich zu stellen.

*

Ortsklassenverzeichnis.

Das Ortskartell Merseburg des Deutschen Beamtenbundes schreibt uns: Die Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes haben am 1. März mit der Eingruppierung der Orte der einzelnen Provinzen begonnen. Die Provinz Sachsen wird kaum vor dem 10. März bearbeitet werden. Ein sogenannter Siebenerausschuß hat die nötigen Vorarbeiten geleistet. Zunächst werden die Orte über 10 000 Einwohner eingereiht; diese Orte gelten als Richtorte für die kleineren Orte. Die Einreihung nach Wirtschaftseinheiten hat Aussicht, durchgeführt zu werden. Industriebezirke werden einheitlich behandelt.

Geschäftsergebnisse der städtischen Sparkasse pro Monat Februar 1921.

*

Der Geschäftsverkehr der städtischen Sparkasse in Merseburg ergab im abgelaufenen Monat Februar 1921 die nachverzeichneten Ziffern:

Sparabteilung:	2006 Posten Einzahlungen . . .	1 107 618,73 ℳ
	1961 Posten Rückzahlungen . . .	844 639,75 ℳ
Scheckabteilung:	1889 Einnahmeposten	17 862 476,60 ℳ
	2027 Ausgabeposten	20 106 510,79 ℳ
	hiervon 2560 Posten mit 33 046 895,98 ℳ bargeldlos.	
Depotabteilung:	55 Posten Zugänge	127 800,00 ℳ
	45 Posten Abgänge	100 300,00 ℳ
Bestand:	3020 Einzeldepots von zusammen .	7 176 429,00 ℳ Nennwert.
Effektenabteilung:	50 An- und Verkäufe von Effekten von zusammen ℳ 196 000,00 Nennwert.	

Gesamtumsatz pro Monat Februar 1921: 49 152 580,55 ℳ in 8173 Posten.

*

Arbeiterrückfahrkarten.

Am 1. März 1921 traten bei der Reichseisenbahn neue Bestimmungen über Arbeiterrückfahrkarten in Kraft. Danach sind künftig alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigte Personen (also auch Beamte und Angestellte), ferner Beamtenanwärter, Lehrlinge und andere zur Berufsbildung beschäftigte Personen zum Lösen der Arbeiterrückfahrkarten berechtigt. Die Arbeiterrückfahrkarten sind nicht für Ausflüge usw. bestimmt; sie sollen vielmehr denjenigen Arbeitnehmern, die infolge auswärtiger Beschäftigung die Woche über von ihrem ständigen Wohnsitz abwesend sind, den Besuch ihrer Familie an den Sonn- und Festtagen erleichtern.

Mit den Arbeiterrückfahrkarten ist eine beträchtliche Ermäßigung des Fahrpreises verbunden. Die Karten werden aber nur für 4. Klasse ausgegeben auf Entfernungen von 21 bis in der Regel 100 Kilometer. Sie gelten nur zur Fahrt zwischen dem Wohnort und dem Arbeitsort und zwar zur Fahrt vom Arbeitsort nach dem Wohnort nur am Tage vor einem Sonn- oder Festtag oder an diesen Tagen selbst und zur Fahrt vom Wohnort nach dem Arbeitsort nur am Tage nach einem Sonn- und Festtage oder an diesem Tage selbst.

Die Karten gelten sieben Tage. Wer am Sonnabend oder Sonntag am Arbeitsorte eine Arbeiterrückfahrkarte löst, muß daher schon am nächsten Montag vom Wohnort zurückfahren, wer aber am Sonntag am Wohnort eine solche Karte entnimmt, kann mit dieser Karte am folgenden Sonnabend vom Arbeitsort zurückfahren; wenn er die Karte am Wohnort erst am Montag gelöst hat, gilt sie zur Rückfahrt am nächsten Sonnabend oder Sonntag, aber nicht an den dazwischen liegenden Tagen.

Erhältlich sind die Arbeiterrückfahrkarten sowohl am Wohnort als auch am Arbeitsort. Beim Lösen der Karten ist ein bei den Fahrkartenschaltern erhältlicher Ausweis nach vorgeschriebenem Muster vorzulegen. Der Arbeitgeber hat darin zu bestätigen, daß der Arbeitnehmer bei ihm beschäftigt ist, und die Gemeinde- (Ortspolizei-) Behörde am Wohnort des Arbeitnehmers, daß dieser dort ständig wohnt. Es darf immer nur ein Arbeitsort angegeben werden, auch muß der Ausweis vom Arbeitnehmer eigenhändig unterschrieben sein.

Für unsere Hausfrauen.

Ausgabe von Butter für Kranke am Sonnabend den 5. März. Auf jede Zusatzfettmarke mit dem Aufdruck „K" 50 Gramm.

*

Wetterwarte.

V. W. am 3. März (Donnerstag): Wolkig bis trüb, ziemlich mild, im Norden strichweise etwas Regen, sonst meist trocken. — Am 4. März (Freitag): Teils heiter, teils neblig, ziemlich mild, im Norden strichweise etwas Regen, sonst vorwiegend trocken, in den südlicheren Teilen Nachtfröste.

---

§ Landkreis Merseburg, 2. März. Zur Kartoffelbeschaffung für Minderbemittelte hat der komm. Landrat Dr. Lehnsdorf in Merseburg folgendes Rundschreiben an die Gemeinde-Vorsteher gesandt: „Zur Beschaffung von Kartoffeln für besonders unbemittelte Personen des Kreises Merseburg ist im Herbst vorigen Jahres eine Hilfsaktion eingeleitet worden, die jetzt abgeschlossen ist. Der eingegangene Betrag soll nunmehr zur Verteilung kommen, weshalb ich bitte, dafür in Frage kommende Personen nach Namen und Beruf innerhalb einer Woche namhaft zu machen. Da nur ein verhältnismäßig kleiner Betrag zur Verfügung steht, können nur besonders Bedürftige bedacht werden. Etwa bereits gemeldete Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene sind nicht noch einmal anzugeben, da diese gesondert berücksichtigt werden. Lehnsdorf." — Da nur dringend Bedürftige berücksichtigt werden können, so empfehlen wir den besonders Bedürftigen, sich sofort bei ihrem Gemeinde-Vorsteher zu melden.

§ Schafstädt, 2. März. Vor einigen Tagen kamen 4 Weiber nach dem nahen Ober-Eichstedt, um zu hamstern zum Bäckermeister Ritter, und sprachen an um Brot, Mehl, weiße Ware und dergl. Beim Einkauf, sowie Verhandeln gesellten sich auch die Männer hinzu. Bei Bezahlung der Ware wurden die Verbrecher dem R. gegenüber tätlich und es kam zu einem kleinen Handgemenge. Durch die rasche Entschlossenheit des Dienstmädchens, welches zur Nachbarschaft sprang, kam alsbald Hilfe. Die Betrüger suchten schnell das Weite, nicht ohne eine tüchtige Tracht Prügel mit auf den Weg zu nehmen. Leider ist in aller Eile übersehen worden, die Personalien dieser Spitzbuben festzustellen.

§ Modelwitz, 1. März. Die Elsterbrücke bei der Ziegelei Rittergut Modelwitz ist wegen Bau-Reparatur für Fuhrwerk, Reiter und Vieh gesperrt.

t. Crumpa, 1. März. Ein recht bedauerlicher Unglücksfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel und jedem zur Warnung dienen sollte, ereignete sich gestern nachmittag. Mehrere Kinder spielten hier an einer alten Scheune, von der nur noch die Lehmwände standen. Eine der Lehmwände stürzte plötzlich ein und begrub den 12jährigen Sohn des Fleischermeisters Otto von hier unter sich. In schwerverletztem Zustande wurde der Junge unter den Erdmassen hervorgezogen. Nach einigen Minuten wurde er von seinen schweren Qualen durch den Tod erlöst. Ein sofort hinzugezogener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Turnen — Spiel — Sport.

Amtliche Spielergebnisse im Saalegau.

9. 1. 1921: Fav-Ligaref.—V. f. L.-M. 3:3, Tv.-G.—Sportkl.-M. (Sportkl. 2 Punkte, § 126 W.-O.), V. f. L.-M. III—Fav. III 1:0, Sortbr. I—Nietl. I 1:1, Sportbr. II—Hoh.-M. II 0:3. — 23. 1.: Sportfr. III—V. f. L.-M. III (Sportfr. 2 P., § 128 W.-O.), 96 III—Vor. III 1:2, Fav.-Ligaref.—Wa. 1:5, Ol. II—Eintr. II 8:1, Wa. IV gegen 96 IV 2:0, Pr.-M. II—Sp.-V. II 6:0, Pr.-H. III—Fav. III 4:3, Pr.-M. III—Am. III 10:0, Wa. III—98 III 6:1, Sportfr. IV—98 IV 0:7, 99-M. IV—Germ. III 2:0, Sportkl.-M. II—Germ. II 0:1, 1910 II—Am. II 0:4, Vor. IV—Fav. IV 2:0, Ol. III—99-M. III 4:2. — 30. 1.: 99-M. II—Pr.-M. II 0:3, Sportfr.-Ligaref.—96 1:3, Pr.-H.-Ligaref.—98 2:1 (98 2 P., Schraepler nicht berechtigt), Nietl. I gegen Eintr. I 1:1, Germ.-M. I—Cönn. I (Germ. 2 P., § 128 W.-O.), V. f. L.-M. IV—Vor. IV (V. f. L. 2 P., § 128 W.-O.), Sportbr. I—Am. I 1:2, Sportbr. II—Ol. II 0:12, 98 III—V. f. L.-M. III 2:0, 98 IV—Fav. IV 8:1, Pr.-H. III—Vor. III 1:2, 99-M. III—Pr.-M. III 4:9. — Strafen: Sportv.-Halle 10 ℳ (§ 110 W.-O.), Sportfr. 4 ℳ (§ 131 W.-O. am 23. 1.), V. f. L.-M. 10 ℳ (§ 128 W.-O. am 23. 1.), Cönnern 10 ℳ (§ 128 W.-O. am 30. 1.), Borussia 10 ℳ (§ 128 W.-O. am 30. 1.).

Amtliche Mitteilung des Jugendausschusses im Saalegau des V.M.B.-V.

Änderung der Terminliste 6. März. Jugend: Klasse IA: 96 Ib—Fav. I (Wack.) fällt aus. Klasse IB: ½11 Uhr Am. I—Reidebg. I (Wack.). Klasse II: Wack. II—Fav. II (96) fällt aus. — Knaben: Die Spiele Vor. I—96 I und Wack. I—Sportfr. I werden wiederholt. Sämtliche Knabenspiele am 6. März kommen in Wegfall. — Herr Otto Kühn, der Schriftführer des J.-A., hat sein Amt niedergelegt, sämtliche Schriftstücke sind bis zu der erforderlichen Neuwahl an Herrn Heinr. Spatz, Diemitz bei Halle a. S., zu richten.

Perlitz.

Germania schlägt Turn- und Sportverein Neu-Rössen mit 1:0 (1:0).

Die Germanen mußten mit Ersatz für drei ihrer besten Spieler eintreten, doch der Ersatz wurde seiner Aufgabe gerecht bis auf den Linksaußen. Das einzigste Tor des Tages erzielte Großheim in der vierten Minute im Anschluß an einen gut eingeleiteten Angriff. Doch dann hatte der Sturm sein Pulver verschossen. Rössen kam mehrmals gut durch, doch stand ihnen in der aufmerksamen und sicheren Verteidigung Gießmann-Jakobsen ein unüberwindliches Bollwerk gegenüber; auch Richter im Tor hielt sein Heiligtum rein. — Germania III verlor das Verbandsspiel gegen Preußen IV mit 3:4 (1:4). In der ersten Spielzeit fand sich Germania gar nicht zusammen. Diese Schwäche brachte Preußen den Sieg, denn sie konnten innerhalb kurzer Zeit das Resultat auf 4:0 stellen, dann kam Germania zu einem Erfolg. Nach der Pause war Germania noch zweimal erfolgreich. — Germanias I. Jugend gewann gegen die gleiche Mannschaft von Eintracht-Krumpa mit 3:1 (0:0).

Jahn I—Sportfreunde I-Naumburg 2:3 (1:3).

Jahn I hatte einer Einladung nach Naumburg Folge geleistet, und beide Gegner standen sich am Sonntag in Naumburg auf der Vogelwiese im Gesellschaftsspiel gegenüber, dem annähernd 1000 Zuschauer beiwohnten. Jahn hat Anstoß, jedoch wird der Ball abgefangen und der Gegner drückt auf das Tor. Die in guter Form befindliche Verteidigung wehrt jeden Angriff ab. Durch zu spätes Herauslaufen des Jahnschen Torhüters konnte Sportfreunde nach 20 Minuten den ersten Erfolg buchen. Auch Jahn setzt das feindliche Tor oft in Gefahr, doch ohne Erfolg. Unter guter Führung unternimmt Sportfreunde mehrere Durchbrüche und kann noch zweimal erfolgreich sein. Dem vermochte Jahn nur ein Tor in der ersten Halbzeit entgegenzusetzen. Durch den Mittelstürmer, welcher eine Flanke von rechts außen annahm und aufs Tor verwandelte, wurde der Erfolg erzielt. Nach Seitenwechsel merkte man, wie Sportfreunde nachließ, da sie jetzt der Sonne entgegen spielen mußten. Infolge einer Umstellung der rechten Seite drückt Jahn gewaltig auf das Sportfreunde-Tor, doch der Torhüter fängt alles ab, außer einem unhaltbaren Ball, welcher vom Mittelstürmer Jahns zweimal hintereinander aufs Tor geschossen wurde. Beim Stande von 3:2 für Sportfreunde trennten sich die Gegner nach schönem, einwandfreien Spiel. Die I. Mannschaft Jahns verdient ein Gesamtlob. Sportfreunde I ist eine der besten Mannschaften der Freien Thüringer Spielvereinigung.

Sport-Klub Marathon-Merseburg E. V.

Wie uns mitgeteilt wird, ist der hier schon mehrfach erwähnte neugegründete Sport- und Gesellschafts-Klub Marathon am heutigen Tage in das Vereinsregister hier eingetragen worden. Zwecke des neuen eingetragenen Vereins sind: 1. Betreiben des Sports, wie Fechten, Boxen, volkstümlicher Sport und dergl., 2. Pflege der Geselligkeit. Die Leitung des Klubs liegt in den Händen tüchtiger und eifriger Leute, so daß er eine gute Entwicklung vor sich haben dürfte.

Sport im Geiseltale.

Bei herrlichem Frühlingswetter herrschte am Sonntag im Geiseltale reger Sportbetrieb. Sämtliche Vereine beschäftigten Mannschaften auf dem grünen Rasen. Sportklub Mücheln I spielt auf eigenem Platze gegen Vorwärts I-Kötzschen das fällige Verbandsspiel, welches unentschieden 2:2 endete. Dem Spielverlauf nach mußte Kötzschen überlegener Sieger sein. Sportklub Mücheln III schlug Eintracht-Crumpa III im Gesellschaftsspiel überraschend hoch mit 7:0. Mücheln I. Jugend spielte gegen Kötzschen I. Jugend unentschieden 2:2. AKW. I-Mücheln schlug Giebichenstein I überraschend mit 3:1. Das Ehrentor schoß Giebichenstein bereits in der 2. Minute, während der ganzen Spielzeit konnten sie dann nichts zählbares mehr erreichen. Eintracht-Crumpa I. und II. Mannschaft komb. mußte sich von V. f. L. I-Querfurt unverdient mit 1:3 schlagen lassen. Trotzdem Eintracht meist überlegen und nur mit 10 Mann spielte, konnten sie nichts zählbares erreichen. Eintracht-Crumpa I. Jugend mußte sich ebenfalls von Germania I. Jugend mit 1:3 schlagen lassen.

*

Ligaspiel am Sonntag.

Am kommenden Sonntag den 6. März trifft die Ligamannschaft des V. f. L. mit der des Sportvereins 98-Halle auf ihrem Sportplatz in der Krautstraße im Verbandsspiel zusammen. Beginn des Spieles 3 Uhr. — Vorher begegnen sich im Gesellschaftsspiel die Ligareserve-Mannschaften beider Vereine.

Vermischte Nachrichten.

Schweres Eisenbahnunglück bei Chicago.

New-York, 1. März. (WTB.) Bei einem Zugzusammenstoß in der Nähe von Chicago wurden 40 Personen getötet und 100 verwundet.

Von einer Wöchnerin erschossen.

In dem einsamen Försterhause Gambachhaus bei Thale wurde die Frau des Försters von einem Kinde entbunden. Trotz allen Zuredens bestand die Hebamme darauf, noch in der Nacht unter Begleitung des Försters nach Thale zurückzukehren. Kaum hatte der Förster, der noch seiner Frau vorher einen Revolver ins Bett gelegt hatte, das Forsthaus verlassen, als schon ein Mann mit geschwärztem Gesicht erschien und Geld verlangte. Als der Räuber sich nun daran machte, die Schränke zu öffnen, griff die Frau nach dem Revolver und schoß ihn tot. Als die Hebamme am nächsten Morgen wieder kam, um nach der Wöchnerin und dem Kinde zu sehen, mußte sie in der Leiche des Verbrechers ihren eigenen Mann erkennnen. Sie wurde, der Mitwissenschaft dringend verdächtig, sofort verhaftet.

* Ein Diebstahl bei der interalliierten Luftkommission. Kürzlich wurden bei der interalliierten Luftkommission, die in Berlin, Fasanenstraße 17, untergebracht ist, dreißig Autogummireifen im Werte von 100 000 ℳ gestohlen, für die die Kommission von Deutschland Schadenersatz forderte. Ein deutscher Kriminaloberwachtmeister brachte jedoch der Kommission eine peinliche Aufklärung. Ein englischer Feldwebel und zwei Soldaten waren die Diebe gewesen, die die Reifen für 25 000 ℳ an Berliner Kaufleute verkauft hatten. Die Reifen wurden beschlagnahmt und die Soldaten sehen ihrer Bestrafung in England entgegen.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen.
Millionenfach bewährt. Schachtel M. 3.-
Jn Apotheken u. Drogerien erhältlich.
Adler-Drogerie, Entenplan.

Das erste Ehejahr.

Roman von Ruth Goetz.

18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Der Mann beschäftigte sich eifrig mit dem Frühstück, das Renate ihm bereitete. Sie rückte an der Kaffeemaschine, die blitzend den Glanz der Morgensonne wiedergab, zog den Krug hervor, als der Deckel jetzt zuklappte. Mit Anmut strich sie ihm die Brötchen, ehe sie selbst zu essen begann, stellte die Blumen zur Seite, um sein Gesicht zu sehen, und schloß den Flügel des Fensters, weil die weißen Gardinen sich im Winde blähten. Otto antwortete nicht auf die Frage, er betrachtete Renates Tätigkeit und lächelte.

„Nun?" fragte sie noch einmal. „Beichte also, war was los, haben euch nur die Angelegenheiten der Hütte, die Lieferungsfrage nach China so erregt, daß ihr gar nicht heimfinden konntet, oder war etwas anderes da? Wie?"

„Unsere geschäftlichen Dinge hatten wir bereits um zehn Uhr erledigt", sagte er zögernd.

„Und bis zwei Uhr habt ihr also getrunken? Ja, Weinhold kann eine Unmenge vertragen, aber du, mein Herz, solltest dergleichen lieber lassen."

Der belehrende Ton, in dem sie ihre Mahnung sagte, brachte ihn auf: „Ist das ein Vorwurf?"

Sie bewegte den Kopf hin und her: „Ein kleiner allerdings. Den ersten Abend, den du nicht beschäftigt bist, läufst du wieder fort und läßt mich allein. Aber ich habe mich getröstet, ich war sehr glücklich und fleißig."

„Mein Gott, Renate, sollte ich absagen, weil meine Frau nicht allein bleiben darf? Ich ging nicht nur zu meinem Vergnügen hin."

„Nicht nur . . . sondern auch. Also, was war los? Habt ihr auch Damen in eurem Kreise gesehen?" fragte sie weiter.

„Zuerst nicht", berichtete er, doch stieg eine Röte in seine Wangen, als habe er seiner Frau etwas verheimlicht und als sei sie es, die ihn ertappe.

„So, also auch Damen, und wer waren diese Schönen?"

„Ach, Renate, wie du fragst! Wer sollte es wohl gewesen sein als die Hausfrau!" Nach einigem Zögern: „Und . . ."

„Na, und?"

„Die Nichte, die Virtuosin . . . Renate, sie hat gespielt, wunderbar."

„So, sie hat euch etwas vorgespielt! Nun, was war es?"

Otto zuckte die Schultern und stand auf. „Ich muß fort, es ist spät", sagte er. Wie seine Frau ihn noch immer fragend ansah, brach es wie eine flammende Begeisterung aus seinen Zügen. „Ich habe keine Ahnung, was sie gespielt hat, aber eine Leistung, ein Feuer; du, ich habe in meinem Leben noch keine derartige Pianistin gehört — es war hinreißend."

Renate lächelte ein wenig spöttisch bei seinen Worten.

„Ist die Nichte hübsch?" fragte sie weiter, während ihre Stimme sich belegte.

„Sie ist mehr als hübsch, sie ist entzückend, ein ganz wunderbares Mädchen." Renate faltete die Hände und blickte still vor sich nieder. Dasselbe Wort hatte er ihr gegenüber einst angewandt. Ein beschämendes Gefühl kroch an ihr empor.

„Himmel", Otto schlug sich an die Stirn, „beinahe hätte ich es vergessen. Na, das wäre ja schön gewesen. Renate, du sollst heute nachmittag zu Frau Weinhold zum Kaffee kommen, da wirst du Malwe ja auch bald kennen lernen."

„Malwe?" Ein Unterton von erwachter Eifersucht, ihr selbst unfaßlich und unbegreiflich, zitterte durch ihre Frage. „Wer ist Malwe?"

„Nun, eben die Nichte. Also empfiehl mich bestens den Damen und sei pünktlich."

„Ich werde sehen; ich weiß nicht, ob ich gehe."

Er kam noch einmal zurück an den Tisch, an dem die Frau saß. „Nein, du gehst, du gehst bestimmt", sagte er eindringlich.

„Ich gehe? Das klingt ja wie ein Befehl."

„Kind, mache mir nicht alles so schwer. Wir leben hier in der kleinen Stadt und müssen mit den Menschen zusammenhalten. Also tue mir den Gefallen, hörst du? Lade die Damen bald zu uns ein. Wir müssen auch unseren Verpflichtungen nachkommen."

„Gut, schön", sie wußte wohl selbst nicht, was sie antwortete. Und als er nun fortstürmte, winkte sie ihm noch einmal mit der Hand nach, bis seine Gestalt draußen von den Bäumen verborgen wurde.

Langsam trat sie in das Haus zurück und setzte sich auf den Stuhl, der am Fenster stand. Blau war der Himmel, strahlend die Sonne, Leben und Frühlingspracht rings um sie her. Sie aber sah nichts mehr davon, ein schwerer, banger Druck legte sich auf ihr Herz, und eine jähe und heiße Sehnsucht erfaßte sie nach den stillen, fernen Tagen ihrer Mädchenzeit, nach der Mutter, nach Gerta, die aus Breslau glückliche Zeilen schrieb.

Doch gegen diese Stürme gab es nur noch ein Mittel! Sie begann zu arbeiten, und alle Erinnerungen an ihre Pflichten waren erloschen in ihren Gedanken.

Plötzlich erwachte sie zum Leben. Sie schob die Bogen schnell zur Seite, ordnete sie mit rascher und fast zärtlicher Hand und strich dann, wie erwachend, über das Gesicht. Otto kam in einer Stunde nach Hause; sie aber hatte seine Ankunft nicht mit der Fürsorge vergangener Tage bedacht. Sie öffnete die Tür zur Küche, ein lustiges Lied erscholl von den Lippen des Mädchens, das mit den Töpfen herumhantierte. „Candida!" rief die junge Frau, und ging hinaus, stand bald am Herd, in dem ein helles Feuer brannte. „Ich habe Ihnen ja noch gar nicht gesagt, was Sie einholen sollen, und der Herr muß gleich kommen". Candida aber, mit ihrem tiefbraunen Haar, ihrem freundlichen Lachen, dem Kindergesicht, zeigte auf den Herd, auf zwei Töpfe, die einen feinen Dampf ausströmten: „Ich habe schon Kartoffeln und Gemüse aufgesetzt", sagte sie sehr stolz, „nur Fleisch muß ich noch holen, aber es wird nichts Gescheites mehr da sein."

Renate mußte sich erst besinnen, ehe sie aus dem Reiche ihrer Schöpfungen wieder ganz auf der Erde war; dann überlegte sie und gab den Auftrag. So, nun würde sie gerade noch alles fertig bekommen, und während Candida sich mit dem großen Henkelkorb auf den Weg machte, eilte sie in das Eßzimmer, rückte an den Blumen, die sie niemals entbehren mochte, und deckte den Tisch. Sie war kaum fertig mit ihrer Arbeit und hatte das heißglühende Antlitz über das Herdfeuer geneigt, als sie den festen und wohlbekannten Schritt auf dem Kieswege hörte. Nun warf sie alles hin, was sie in den Händen gehabt, band die deckende Schürze ab und lief dem Manne entgegen. Wie immer! Nur daß sie nicht die Arme halb im Scherz, halb in heißer Sehnsucht hob, nur daß ihr Mund einen fröhlichen Gruß bot, ohne ihm die Lippen zu reichen. Otto Storm schwenkte die Mütze, dann eilte er die wenigen Stufen empor.

„So, da bin ich. Nun, mein Schatz, wie hat sie dir gefallen?"

Renate schaute ihn fragend an. Sie gab sich gar keine Mühe, ihr Erstaunen zu verbergen, sie schüttelte sogar den Kopf, als sie beide gemeinsam in das Eßzimmer eintraten. „Wer hat mir gefallen? Von wem sprichst du?"

„Nun von Malwe Weinhold, selbstverständlich. Unsere Ingenieure hatten beinahe kein anderes Thema, du glaubst nicht, mit welcher Freude das Erscheinen eines netten, jungen Mädchens hier begrüßt wird. Es ist wenigstens einmal eine Abwechslung.""

„Malwe Weinhold? Du meinst wohl die Nichte Weinholds?"

„Wen sonst? Hat sie dir etwas vorgespielt? Nicht wahr, ein hochbegabtes Mädchen."

„Darüber habe ich kein Urteil, denn ich kenne sie nicht."

„Wie? War sie nicht zu Hause?" Otto kreuzte die Arme über der Brust. Renate senkte nicht den Blick, obgleich in ihre Augen ein unruhiges Flackern trat. „Ich weiß es nicht, ich war nicht dort."

Ein dunkler Ton ging über Stirn und Wangen des Mannes, seine Brauen zogen sich finster zusammen. „Du warst nicht dort?" fragte er so laut, daß Renate zusammenschreckte. „Du warst nicht dort, und ich habe es dir ausdrücklich befohlen, habe dich ersucht, mir den Gefallen zu tun! Ich verstehe nicht, was das bedeuten soll, ich weiß nicht, was du mir darauf antworten kannst."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210302-14/fragment/page=0003

Anzeigen.
Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Freundliche Schlafstelle
für anständiges Mädchen frei
Krautstraße 12, 1 Tr.

Gärtnerei zu verpachten.
Ang. u. 3479 a. d. Exp. d. Bl.

Zollbeamter sucht
möbliertes Zimmer.
Ang. u. 3485 a. d. Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer sofort gesucht.
Ang. unt. 3483 a. d. Exp. d. Bl.

Jung. Herr sucht sofort od. spät.
möbliertes Zimmer.
Ang. unt. 3469 an die Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer
evtl. mit Klavier, zu mieten gesucht.
Angebote unter „3470" an die Exped. d. Bl.

Student sucht für sof. behagl. eingericht. möbliert. Zimmer.
Ang. unt. 3480 a. d. Exp. d. Bl.

Gangb. Materialw. Geschäft
am hiesigen Platze wird von zahlungsfähigem jung. Manne zu kaufen oder zu pachten gesucht. Gefl. Angebote unter 3422 an die Exped. d. Bl.

Guterh. Schultornister
für Knaben zu kaufen gesucht.
Ang. mit Preis unt. 3482 an die Exped. d. Bl.

Gut erhaltener, wenig getrag.
Gehrock
preiswert zu verkaufen
Poststraße 3, part.

Tadelloser Jünglingsanzug,
auch für Konfirmanden passend, zu verkaufen Dorf Rössen 12.

Schicke Sp.-Schuhe
Gr. 37, auch f. Konfirmand. pass., preisw. z. verk. Steinstr. 4, 1.

Militärjoppe und Schnürschuhe
billig zu verkaufen
Unter-Altenburg 54, 1 Tr.

Gut erhaltene Hausrolle u. Kinderbettstelle
wegen Raummangel sofort preiswert zu verkaufen
Schule Kriegsdorf b. Merseburg

Ein Jagdgewehr
Zentralfeuer Cal. 16, sehr gut im Schuß, zu verkaufen. Offert. m. Preis unt. 3446 a. d. Exp. d. Bl.

Gut erhaltener Dreschgöpel
zu verkaufen Trebnitz Nr. 28.

Ein 4" Rüstwagen
zu verkaufen
Braunsdorf Nr. 43.

Eine Grube Dünger
zu verkaufen
Rössen Nr. 8.

Junger Zughund
zu verkaufen Meuschau Nr. 5.

Ein echter Minorkahahn
zur Zucht ist zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Meerschweine
zu verkaufen
Amtshäuser Nr. 7.

Eine frischmilchende Kuh, mit oder ohne Kalb, und eine Färse
stehen zum Verkauf
Reßschkau Nr. 2.

Zugochse
zu verkaufen Niederbenna 9.

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Bess. Frl.
31 J., evgl., wünscht mit sol. strebs. Herrn in Briefw. zu treten zw. sp. H. Herren, die nicht nach Vermögen sehen und selbständigen Beruf haben, wollen mögl. Bildoff. u. „Trautes Heim 3489" an die Exped. d. Bl. senden. Anonym zwecklos.

Die Industrie sucht Ideen und Erfindungen
Erfinder
erhalten Anregung zum Erfinden in unserer Broschüre kostenlos.
Pigott & Häbecher, Breslau 5

Wer erteilt junger Dame Unterricht in Französisch?
Ang. mit Stundenpreis u. 3488 an die Exp. d. Bl.

Schneiderin
empfiehlt sich, nur im Hause
Lauchstedter Str. 34, 1 Tr., l.

Für die vielen Aufmerksamkeiten zu unserer Vermählung sagen hiermit herzlichsten Dank
Merseburg, den 2. März 1921.
Rudolf Wichmann und Frau
Martha geb. Benke.

Danksagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir nur auf diesem Wege unseren innigsten Dank.
Merseburg, den 1. März 1921.
Die trauernden Kinder
Karl und Max Knothe.

Ganz plötzlich und unerwartet verstarb durch Herzschlag am 26. Februar 1921 unsere innigstgeliebte Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau verw. Zolleinnehmer
Anna Behnert
geb. Hüntsch.
Im tiefen Schmerz die trauernden Hinterbliebenen:
Otto Behnert
Max Behnert.
Beerdigung 2. März 1921, 3 Uhr nachm.

Am Dienstag, den 1. März, entschlief nach langem Leiden unser einziger guter, hoffnungsvoller Sohn, mein lieber Bräutigam
Otto Hennig
Lehrer in Spergau bei Corbetha
im Alter von 23 Jahren.
Im tiefsten Schmerze:
Otto Hennig u. Frau in Zwintschöna.
Ella Pabst.
Familie Pabst in Spergau.
Beerdigung Freitag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause in Zwintschöna.

Nachruf.
Am 28. Febr. verschied unser langjähriges Mitglied
Herr August Deitzer.
Wir verlieren an ihm einen allverehrten treuen Sangesbruder und werden seiner stets ehrend gedenken.
Er ruhe in Frieden!
Gesang-Verein „Melodia".

Täglich Eingang von Neuheiten in eleganten **gestreiften Beinkleidern**
Fertig u. nach Maß
Vorzüglich im Schnitt
★
Franz Hildebrandt
Inh. Ernst Hildebrandt
Schneidermeister
Kleine Ritterstr. 13

Franz Wirth, Seifenfabrik,
Roßmarkt 1 **Fernruf 211**
empfiehlt — auch an Wiederverkäufer — zu niedrigsten Tagespreisen
Kernseifen und Schmierseifen
eigener Herstellung, sowie alle Sorten
Feinseifen :-: Seifenpulver und alle Waschartikel u. dergl.

Fräulein sucht Stellung
in Haushalt oder b. Kindern per sofort oder später. Gefl. Angeb unter 3490 an die Exp. d. Bl.

Junges Mädchen
19 Jahre alt, sucht Stellung in besserem Haushalt. Angeb. unt. 3484 a. d. Exp. d. Bl.

Empfehle meine Neueingänge
in prima Normal- und Macco-Qualität, Unterhosen, Jacken und Hemden, Männer- und Frauen-Barchenthemden
von 40 Mk. an,
Mädchen-, Knaben-, Herren- u. Damenhemden in weiß. gut. Hemdentuch-Qual.
von 18 Mk. an,
Altbekannte gute Strickwollen
von 14 Mk. an,
Extramatura in schwarz, Leder u. weiß, Korsetten und Leibchen
für Damen und Kinder,
Hemdentuch, Hemdenbarcheni, Rock- und Blusen-Barchent
mit 5 % Rabatt.
Martha Schladitz, Markt 21.

Tanz-Unterricht
zu Frankleben Restaurant **„zum Bahnhof".**
Werten Interessenten zur gefl. Kenntnis, daß ich einen **Kursus eröffne.** Derselbe beginnt **Mittwoch,** den 6. April, abends 7½ Uhr. Gelehrt werden sämtliche Rund- und moderne Tänze.
Geschätzte Anmeldungen werden im obigen Lokal entgegen genommen.
A. Liebram.

Zentralverband der Angestellten.
Freitag, den 4. März 1921, im „Tivoli:
Abds. 7 Uhr Jugendgruppe: Naturwissenschaftl. Vortrag das Kollegen Stark.
Abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung. Vortrag vom Bezirkssekr. Vletz-Weißenfels: „Der Achtstundentag in Gefahr".
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht.
Die Ortsgruppenleitung.

Vorrätig bei:
Frz. Hildebrandt
Kl. Ritterstraße 13.

Wanderer-Fahrräder
Brennabor-Fahrräder
Opel-Fahrräder
zu billigsten Preisen
Gustav Engel Söhne
Fahrrad-Reparatur-Werkstatt.
Tel. **203.**

Oster-Angebot!
Schok.-Hasen . Stück 1,00 2,00 3,80 bis 12,00 Mk.
Schok.-Eier Stück 1,00 2,20 3,00 5,00 bis 12,00 Mk.
Marzipan-Eier . . . . Stück 1,35 und 2,50 Mk.
Zucker-Eier in verschiedenen Größen.
Papp-Eier, gefüllt und ungefüllt in allen Preislagen.
Ferner:
Schok.-Tafeln . per 100 g-Tafel 3,50 4,50 5,25 usw.
Kokosflocken . . . . . ¼ Pfund 3,75 Mk.
Nougat . . . . . ¼ Pfund 6,00 Mk.
Gebr. Mandeln . . . . . ¼ Pfund 6.00 Mk.
Gebr. Kaffee, pa Ware . . . ¼ Pfund 5,50 Mk.
Kakao . . . . . ¼ Pfund 4,50 u. 5,00 Mk.
in bekannter Güte.
Albert Gentzsch, G. m. b. H.,
Gotthardtstraße 12.

Gesichts-Ausschlag
Nickel, Mitesser, Gesichtsfleckchen verschwinden mit sehr schnell, wenn man den Schaum von Lucker's Patent-Medizinal-Seife abends eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit Luckoels-Creme nachstreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich.

Verein für Feuerbestattung in Merseburg und Umgeg. E. V.

Jahresbeitrag nur 5 Mk. Erhebliche Vorteile.
Auskunft durch den Vorstand.
Freitag, 4. 3., abends 7½ Uhr
Monats-Versammlg.
im Alten Dessauer.

Tanzkränzchen
(Ebeling)
das auf Freitag, den 4. März, im „Strandschlößchen" angesetzt war,
fällt aus.
Fest-Ausschuß.

Müllers Hotel (E. Rülke).
Sonnabend, den 5. März 1921, abends 7½ Uhr
Schubert-Abend
der Sängerin Frau A. Spalwingt
(Sopran)
„Die schöne Müllerin".
Nummerierte Plätze zu Mk. 6.—, Mk. 4.—, Stehplätze zu Mk. 2.— einschl. Steuer im Zigarrengeschäft von C. Brendel, Gotthardtstraße, und an der Abendkasse.

Merseburger Rudergesellschaft.
Am **Donnerstag,** 3. d. M., abds. 8¼ Uhr im
Monatsversammlung
— im — Bootshause.
Der Vorstand.
N.B. Vorher um 7 Uhr Geländelauf.

Voranzeige! Voranzeige!
B.-V. „Germania".
Unseren werten Mitgliedern und geladenen Gästen zur Kenntnis, daß unser diesjähriges
Kostümfest
(Ein Rosenmontag in Köln)
bestimmt nächsten Sonntag, den 6. März 1921, in den festlich dekorierten Räumen des „Tivoli" stattfindet.
Der Vorstand.

Vertrauensstellung.
in gut bürgerl. Hause s. geb. Dame 1. April. Gute Zeugnisse z. Seite. Angebote nach Halle a. S., Hagenstr. 2, 3 Tr.

Zuverlässiger Geschirrführer
sofort gesucht
Louis Weniger, Ob. Breite Str. 5.

Suche sofort
jüngeren Arbeiter
Fritz Lebert, Burgstraße 18.

Klavierspieler
f. Kino-Abendvorstllg. wöchentl. 1 bis 2mal gesucht. Ang. u. 3481 an die Exp. d. Bl.

Hilfe für Damenschneiderei
wird gesucht
Gutenberostraße 15, part.

Gebildetes Fräulein gesucht,
welches mit zweijährigem Kinde täglich spazieren geht. Gefl. Ang. unt. 3472 an die Exp. d. Bl.

Suche sofort
2 Dienstmädchen.
Frau Erdmann, Rest. Tivoli.

Suche zum 1. April ein ordtl.
Dienstmädchen
Meuschau Nr. 6.

Jüngeres Dienstmädchen
für einzelne Leute aufs Land zum 1. April gesucht. Zu erfr. Gotthardtstr. 21, im Laden.

1 anständ. Hausmädchen
mit guten Zeugnissen kann sich melden Städt. Krankenhaus.

Wco. Verhältnt. unseres jetzigen Mädchen suche ich **ein ordentl. fleißiges Mädchen,** nicht unter 16 J., am liebsten vom Lande, zum 1. 4. oder früher
Klose, Lauchstedter Str. 12.

Ordentl. Mädchen,
nicht unter 17 Jahren, sof. ges. Frau Schöne, Weiße Mauer 11.

Ein ordentliches, fleißiges
Mädchen, nicht unter 16 Jahren, am liebsten vom Lande, z. 1. 4. aufs Land gesucht. Angeb. unt. 3457 an die Exped. d. Bl.

Anständiges, ehrliches, junges Mädchen als
Aufwartung
für den ganzen Tag gesucht. Zu melden von 5 bis 7 Uhr nachm. bei Groß, Karlstr. 10.

Ein grauer Schäferhund
mit Steuermarke 114
entlaufen.
Gegen Belohnung abzugeben
Wagnerstr. 8.

Meine Verlobung
mit Frl. **Anna Mangold,**
Kleine Sixtistraße Nr. 1,
betrachte ich meinerseits als **gelöst.**
Kiel, den 1. 3. 1921.
B. Güßow.

Torpedo
moderne
Schreibmaschine
Vertretung:
Gustav Engel Söhne, Merseburg.
Tel. 203.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210302-14/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 51. Mittwoch den 2. März 1921. 47. Jahrg.

Widerstände gegen die Siedlung.

Von Landwirt F. Schierwagen-Schönewerda.

1½ Jahre sind seit Inkraftsetzung des Reichssiedlungsgesetzes ins Land gegangen und nur vereinzelt liest man in der Tagespresse, daß hier und da ein öffentlicher Termin über Verhandlungen betr. Siedlungsland stattgefunden hat. Man hätte eigentlich erwarten sollen, daß die Urheber des Gesetzes nun versuchten, die im Gesetz im Vordergrund stehenden wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Gedanken baldmöglichst in Kraft treten zu lassen. Aber weit gefehlt. Trotzdem das große Siedlungswerk in Form einer Notverordnung bereits vor 2 Jahren am 29. Januar 1919 verabschiedet wurde und die Zustimmung der Landarbeiterorganisationen, Siedlungsgesellschaften, Vertreter der Landwirtschaft, besonders auch der Großgrundbesitzer, fand — trotz alledem, geht die Angelegenheit nicht vorwärts. Wir stehen heute in Preußen auf einem Tiefpunkt der Siedlungstätigkeit wie nie zuvor. Bei der Durchführung des Siedlungsgesetzes hat man leider nicht nur den Widerstand der Großgrundbesitzer und denjenigen der Führer der Sozialdemokratie aller Richtungen zu überwinden, sondern auch die größeren und mittleren Landwirte versuchen öffentlich und hintenherum, die Durchführung zu hintertreiben.

Von den Großgrundbesitzern kann man nicht mehr verlangen, an ihnen ist nicht nur die Revolution spurlos vorüber gegangen, sie haben auch aus der Geschichte nichts gelernt. Sie haben nie begriffen, daß der Staat ein Interesse an einer starken Bauernbevölkerung haben muß, sie haben nie begriffen, daß ein Volk nur hierdurch gesund erhalten werden kann. Sie haben ständig übersehen, daß die soziale Entwicklung nicht gleichen Schritt gehalten hat mit der wirtschaftlichen. Sie haben immer nur ihren persönlichen Vorteil im Auge gehabt. Alle Vorkämpfer für innere Kolonisation sind einstimmig der Überzeugung, daß der Großgrundbesitz nicht nur früher, sondern auch jetzt rücksichtslos den größtmöglichsten Widerstand leistet. Von dieser Seite ist also auf ein Entgegenkommen nicht zu rechnen, der Widerstand muß gebrochen werden.

Merkwürdig ist nur das Verhalten der Sozialdemokratie. Ich habe früher bereits darauf hingewiesen, daß das Gesetz unter einer damals rein sozialistischen Regierung zustande gekommen ist (die Reichssiedlungsverordnung, die in wenig veränderter Form heute als Reichssiedlungsgesetz gilt), obwohl es im Gegensatze zu Kautskys Gedanken und zu dem Erfurter Programm steht (Festlegung des Individualeigentums in ländlichen Besitz). Die oberen Führer, der preußische Landwirtschaftsminister Braun und der Vorsitzende der Landarbeiterorganisation Schmidt, haben ja auch durch ihr Verhalten bezw. durch ihre Ausführungen gezeigt, daß sie noch an dem alten Dogma festhalten. Die unteren Führer jedoch vertreten in den meisten Fällen den Siedlungsgedanken. Nein, sie vertreten angeblich nicht nur den Siedlungsgedanken, sondern sie gehen sogar aufs Land und benutzen das Gesetz zur Werbung neuer Mitglieder, obwohl sie wissen, daß ihre führenden, an ausschlaggebenden Stellen sitzenden Genossen eine gegenteilige Meinung haben.

Unerklärlich ist aber der Widerstand der größeren und mittleren Bauern. Ob derselbe dem Egoismus entspringt oder nur auf den Einfluß des Großgrundbesitzes und der Landbundpresse zurückzuführen ist, lasse ich dahingestellt. Die Behauptungen einzelner mittlerer Landwirte, daß der Zuckerrübenanbau infolge Verkleinerung des Großgrundbesitzes zurückgehen wird und infolgedessen das in den Zuckerfabriken investierte bäuerliche Kapital nicht die notwendige Verzinsung bringen würde, sind unbegründet, denn der jetzige Rückgang der Anbaufläche ist doch nur auf Mangel an Arbeitskräften zurückzuführen.

Fest steht aber auch, daß die kleinbäuerlichen Betriebe eine höhere Rente abwerfen als die größeren und mittleren Betriebe bezw. als die Gutsbetriebe. Die Vorteile eben, welche der Kleinbauer durch seine eigene Arbeit gegenüber der fremden Arbeit des größeren Betriebes und ferner dadurch hat, daß sich bei ihm Unternehmer und Arbeiter in einer Person vereinigen und daß er pro Flächeneinheit mit größerem Nutzen mehr Vieh halten, besonders mehr Vieh züchten kann, überwiegen bei weitem die in der besseren Arbeitsteilung, in den besseren Bezugs- und Absatzverhältnissen und in der höheren Intelligenz des Betriebsleiters bestehenden Vorteile des Gutsbetriebes. Wie kann man es sich z. B. anders als durch höhere Rentabilität des Kleinbetriebes erklären, wenn schon in Friedenszeiten bei der Aufteilung von Gütern im Osten die Summe der Kaufpreise für die einzelnen Parzellen oft das Doppelte von dem Ankaufspreise des ganzen Gutes beträgt, trotzdem die Gebäude des Großbetriebes zum großen Teil wertlos werden? Nicht nur im Osten kostet der Boden mehr im Kleinbetriebe, sondern in ganz Deutschland. Eine Verkleinerung landwirtschaftlicher Güter bis zu dem Grade, wo der Besitzer noch Kleinbauer ist, bedeutet eine Steigerung des nationalen Vermögens. Die Eigentümer der verpachteten Ländereien im Oldenburgischen sind ehemalige Großbauern. Schon in den neunziger Jahren wußten sie, daß die Kleinbauern größere Reinerträge erzielten und ihnen einen höheren Pachtschilling geben konnten, als sie an Reinerträgen durch Selbstbewirtschaftung ihres Eigentums erzielen würden. In allen Gegenden, wo sich viel Kleinbetrieb vorfindet, sehen die Besitzer größerer Güter bald ein, daß sie nicht die Reinerträge herauswirtschaften können wie die Kleinbetriebe. Nur der Tatsache, daß mit Größerwerden der Güter die Preise pro Flächeneinheit niedriger werden, so daß oft derselbe Boden in derselben Gegend im Großbetriebe die Hälfte von dem kostet, was im Kleinbetriebe dafür bezahlt wird, ist es zuzuschreiben, wenn hier und da noch Gutsbetriebe eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals erzielen. Schon Roscher sagt in seiner Nationalökonomie des Ackerbaues: „Je mehr Kapital und Arbeit auf den Boden verwendet wird, desto erschwerender muß das weite Hin- und Hergehen der Arbeiter, das weite Hin- und Herfahren des Düngers, der Ernte usw. wirken."

*

Im Zusammenhang mit dem vorstehenden Artikel unseres Mitarbeiters gewinnt die nachfolgende Meldung besondere Bedeutung:

Landlieferungsverband und Siedlung.

Wie wir erfahren, hat der Landlieferungsverband für die Provinz Sachsen in seiner letzten Vertreterversammlung einstimmig beschlossen, das Siedlungswerk in unserer Provinz in großzügiger Weise zu fördern. Er wird zu diesem Zweck eine Obligationen-Anleihe bis zu 50000000 ℳ aufnehmen, für welche der gesamte Großgrundbesitz der Provinz haftet. Aus diesem Betrage sollen der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft Sachsenland Mittel zum Erwerb von geeignetem Siedlungsland zur Verfügung gestellt werden. Es darf erhofft werden, daß durch diese Maßnahme die so dringend notwendige innere Kolonisation eine kräftige Förderung erfahren wird.

Hierzu wird uns folgendes geschrieben: Diese Bereitstellung von Barmitteln durch den Landlieferungsverband hat im ersten Moment etwas für sich, trifft aber keinesfalls das Grundproblem. Denn was nützt es, daß immer wieder Geldmittel zur Verfügung gestellt werden und kein geeignetes Land. Durch die Bereitstellung von 50 Millionen Mark hat der Landlieferungsverband keinesfalls seine Abgabepflicht erfüllt. Nach § 13, Abs. 2 des R.-S.-G. vom 11. August 1919 hat der Landlieferungsverband erst dann seine Pflicht erfüllt, wenn er ein Drittel der durch die landwirtschaftliche Betriebszählung von 1907 festgestellten gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der großen Güter (mit Einschluß der Domänen) für Siedlungszwecke bereit gestellt hat, oder die landwirtschaftliche Nutzfläche dieser Güter nicht mehr als 10 vom Hundert der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Ansiedlungsbezirks beträgt. Weiterhin ist der Landlieferungsverband verpflichtet, auf Antrag sämtliche in den letzten 30 Jahren aufgekauften Bauerngüter und Landstellen in sachgemäßer Abgrenzung zur Verfügung zu stellen.

So großzügig das Vorhaben des Landlieferungsverbandes erscheint, so wenig ist es geeignet, das Grundproblem der Anlieger- und Altsiedlung zu treffen. Viel wesentlicher würde es sein, wenn der Landlieferungsverband sich bereit erklärt hätte, dem dringendsten Landbedürfnis durch Bereitstellung von Siedlungsland abzuhelfen. Die Barmittel werden von den Siedlern selbst aufgebracht, dagegen fehlt es an dem nötigen Land. Bisher sind praktische Erfolge des Landlieferungsverbandes nicht erbracht. Das Vertrauen zum Landlieferungsverband kann nur dann hergestellt werden, wenn durch ihn gemäß seiner gesetzlichen Verpflichtung auf dem schnellsten Wege Land zur Verfügung gestellt wird.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. März.

Die Zahl der Kleinen Anfragen, die zur mündlichen Beantwortung im Reichstag eingebracht werden, zeigt in letzter Zeit einen erfreulichen Rückgang. Die Mehrzahl der Fragesteller beginnt, sich mit schriftlicher Beantwortung zu begnügen, ja, es scheint, als ob die Erkenntnis des früheren unhaltbaren Zustandes dazu geführt habe, in den aus Agitationsbedürfnis am meisten fragelustigen Parteien der Rechten eine gewisse Beschränkung der Anfragerei überhaupt zu erwirken. Während früher in der jede Woche zur Verfügung stehenden Zeit von einer Stunde meist nur ein Teil der gestellten Fragen erledigt werden konnte, genügt jetzt meist ein Bruchteil der gewährten Zeit. Das soll anerkannt werden. Die heute eingebrachten beiden Anfragen entbehrten — wie die meisten — des allgemeinen Interesses, sie waren schnell erledigt, und das überaus dürftig besetzte Haus konnte sich bald der Weiterberatung des Haushalts des Finanzministeriums zuwenden, die gestern mit der sehr aggressiven Berichterstattung des Abg. Herz (U. S.) für den Ausschuß so verheißungsvoll begonnen hatte. Der Finanzminister Dr. Wirth, der gestern nur zu einer kurzen Erklärung Zeit gefunden hatte, hielt heute eine längere Rede, die das Kernstück der Debatte darstellt. Eröffnet wurde diese von dem Abg. Keil (Soz.), der sachlich herzlich wenig, polemisch dafür aber um so mehr vorzubringen hatte. Er kritisierte die Differenz der Ziffern, die auf der einen Seite die Forderungen des Friedensvertrages, auf der anderen Seite die dazu gestellten Etatsforderungen darstellen und griff den Staatssekretär Schröder heftig an, dem er vorwarf, er habe in Brüssel durch unrichtige Angaben die Entente gegen uns aufgehetzt. Dann kündigte der Redner den bürgerlichen Parteien an, wenn sie etwa beabsichtigten, einen gemeinsamen Steuerblock zu bilden, so dürften sie der geschlossenen Gegnerschaft der Linken gewiß sein. Schließlich ging der sozialistische Redner mit breiter Ausführlichkeit auf den Fall van den Kerkhoff ein und fragte, wie es trotz der schweren neuen Steuern möglich sei, daß Männer wie Stinnes ihr Vermögen dauernd in unerhörtem Maßstabe vergrößern könnten. Er verlangte für diese großen Einkommen nach Schweizer Muster öffentliche Steuererklärungen. Abg. Helfferich (Dn.) sprang schirmend vor seinen Parteifreund Kerkhoff und wandte sich mit der Erregung, die gerade ihn in einem solchen Falle so gut kleidet, dagegen, daß solche Angelegenheiten politisch ausgenützt würden. Er verlas eine Erklärung seiner Fraktion, die sich in der gleichen Richtung bewegt und behauptete, es sei bisher kein belastendes Material gegen Kerkhoff zutage gefördert worden. Schließlich ging Helfferich so weit, zu unterstellen, die verschwundenen Kerkhoff-Akten seien gerade die, die entlastenden Wert hätten, und wer wisse, ob sie nicht entwandt worden seien, um erst einen Fall Kerkhoff zu inszenieren. Auch der Hinweis auf London fehlte natürlich nicht in der Verteidigungsrede des Sittenkontrolleurs. Dann kam

Reichsfinanzminister Dr. Wirth

zu Wort, und er fuhr mit den freilich herzlich schwachen deutschnationalen Ablenkungsversuchen rasch und gründlich ab. Er stellte in Aussicht, daß er über den Stand der Angelegenheit Erzberger im Geschäftsordnungsausschuß restlose Aufklärung geben werde. Dann rechtfertigte der Minister die Ausführungen des Staatssekretärs Schröder in Brüssel. Über die Lage unseres Haushaltes ist für die Sachverständigen der Entente eine Denkschrift ausgearbeitet worden. Die Beanstandungen der Entente dazu werden dem Hause in den nächsten Tagen vorgelegt werden. Der Etat für 1921, der im Ordinarium 44,3 Milliarden erforderlich macht, wird uns nötigen, die Steuerkraft aufs äußerste anzuspannen. Das ist aber auch bei der Entente nicht anders. Die außerordentlichen Ausgaben des Etats betragen bisher 128 Milliarden, darunter 26 Milliarden für die Besatzungskosten. Es kommen weiter hinzu die Tilgungen und Anleihen, die Schatzanweisungen und so fort. Die Gesamtschuldenlast des deutschen Volkes stellt sich auf rund 300 Milliarden. Das beweist, daß die Lösung der Steuerfrage das wichtigste Problem der deutschen Wirtschaft ist. Über die Frage, ob die rückständigen Steuern für 1920 niedergeschlagen werden sollen, wird, wie der Minister ankündigte, die Entscheidung in den nächsten Tagen fallen. Auf keinen Fall komme eine Milderung der Steuersätze für die höheren Einkommenklassen in Betracht. Eine starke direkte Steuerbelastung greift die Konsumkraft des Volkes dermaßen an, daß von indirekten Steuern keine Rede mehr sein kann. Der Minister schloß mit der Ankündigung, daß der Reichstag sich in Kürze aufs neue mit der Steuerfrage beschäftigen müsse, und mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß er sich einem opferbereiten Parlament gegenübersehen werde.

Es folgt eine weitere polemische Rede von links, in der der Abg. Dr. Herz (U. S.) heftig gegen Helfferich zu Felde zieht, um dann seinen Stachel gegen den Finanzminister zu wenden, dem er vorwirft, er gebe sich zum Abbau der Besitzsteuer her. Das veranlaßt Dr. Wirth zu einer sofortigen Entgegnung, in der er erklärte, daß er auch die Entwicklung des Herrn Stinnes aufmerksam verfolge. Was aber nicht angehe, das sei die Art, wie jede steuerliche Nachprüfung zu einer politischen Affäre gemacht werde. Der Minister erklärte dann, daß die Notopferveranlagung im ganzen Reiche im Gange sei und kam noch einmal auf die Brüsseler Angelegenheit zu sprechen. Ausgangspunkt der ganzen Auseinandersetzungen sei die Bestimmung des Friedensvertrages, daß die Steuern in Deutschland nicht geringer sein dürfen als in irgend einem Staat der Alliierten. Die schlimmste indirekte Steuer sei für die ganze Welt die gewaltige Arbeit der Notenpresse. Nur bei einer Erhöhung sämtlicher Steuern sei eine Sanierung der deutschen Finanzen möglich; an einer solchen aber sei auch das deutsche Proletariat aufs stärkste interessiert. Als nach dem Minister der Abg. Düwell (Komm.) das Wort zu einer neuen Auflage der Polemik gegen die Rechte nahm, leerte sich

---

Lyzeum.

Anmeldungen für Ostern 1921.,

auch für den Besuch der 10. Klasse, die vorläufig erhalten bleibt, nehme ich vom 3.—5. März, in der Zeit von 12—1 Uhr entgegen. Tauf- und Impfzeugnis sind vorzulegen. Auswärtige haben nur insoweit Aussicht auf Aufnahme, als nach Aufnahme der Einheimischen Platz zur Verfügung steht.

Merseburg, den 1. März 1921.

VI. 1445/20. Seele, Studien-Direktor.

Holzversteigerung der Oberförsterei Halle

am Dienstag, den 15. März 1921, vormittags 9 Uhr, in der Gastwirtschaft von Leonhardt zu Böllberg bei Halle a. S. aus dem Holzschlag auf der

Rabeninsel Jagen 77 u. 78.

Stellmacherhölzer (nur für den Lokalbedarf der Umgegend bestimmt, Händler ausgeschlossen); Eichen: 20 Stück IV. u. V. Kl. mit 6,73 fm; Eichen: 168 Stück IV. u. V. Kl. mit 46,52 fm; Rüstern: 253 Stück IV u. V. Kl. mit 93,94 fm; Ahorn: 2 Stück IV. u. V. Kl. mit 1,75 fm; Erle: 1 Stück IV. Kl. mit 0,58 fm; Rüstern-Stangen: I. bis III. Kl. 291 Stück; Pappel-Stangen: I. Kl. 18 Stück. (Einige kleinere Nutzhölzer liegen auf dem Trothaer Werder.) Brennholz: Eiche: 8 rm Scheit u. Knüppel, 2 rm Reis I. Kl.; Esche u. Rüster: 53 rm Scheit u. Knüppel, 60 rm Reis I. Kl.

Nachlaß-Versteigerung.

Freitag, den 4. d. M., vorm. 10 Uhr findet im Grundstück Menschauer Straße 4 hier der Verkauf des gesamten Nachlasses der verstorbenen Frau Ww. Behnert öffentlich meistbietend gegen Barzahlung statt, als:

1 rote Plüschgarnitur (Mahagoni), bestehend aus Sofa, 2 Sesseln, 4 Polsterstühlen, 1 Sofatisch, 1 kompl. Kücheneinrichtung. 1 Plüsch-Sofa, 1 Vertiko und ein Kleiderschrank (Nußbaum), 1 Kommode, 1 Trumeau (Nußbaum, 2 m hoch), mehrere Tischchen und Stühle, 2 Bettstellen mit Matratzen, 1 Waschtisch, 2 Nachttischchen, sowie verschiedene and. Wirtschaftsgegenstände und Wirtschaftsgeschirr.

Die Gegenstände sind in sehr gutem Zustande.

Albert Franke, beeid. Auktionator.

Treibriemen

v. Dolffs & Helle, Braunschweig

Bedeutende Ledertreibriemen-Fabrik

Gute u. preiswerte Zigarren

„Consul", Orig.-Größe à 75 ₰, in Kistchen zu 50 Stück.

Rein überseeischer Tabak, großes Format, weißer Brand

Illustrierte Preisliste Nr. 22.

über Zigarren in allen Preislagen. Rauchtabak (besonders leistungsfähig), Zigaretten aller Sorten, Shag- und Kautabak vollständig kostenfrei.

Wiederverkäufer verlangen Sonderpreisliste!

Wilhelm Sauerbier, Leipzig, Kohlgartenstr. 10

Tabakwarengroßhandlung, eigenes Büro- und Trockengebäude mit drei Tabaksteuerlägern. Fernspr. 7391, 15489. Tel.-Adr. Zigarre, Leipzig. Vertragslieferung zahlr. Beamtenverbände

Zu verkaufen:

1 Marktkasten, 2 Tische, 1 Lade, 2 Vogelbauer, 4 Blumenbretter, 1 Dutzend ⁸/₁₀-Gläser, 1 Nähmaschine, 1 Schneiderbügeleisen, 1 Schneiderschere, 1 Viertelfaß, 1 Säckasten, 1 Wassertonne, 1 größerer, 1 kleiner Handwagen und 1 Laute.

Karlstraße 1, 3 Tr.

Besserer Kinderwagen

(fast neu, Friedensware) zu verkaufen. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Dklbl. Sitz- u. Liegewagen

preiswert zu verkaufen

Fr. Harnisch, Ob. Burgstr. 10, I

Ein Fahrrad

mit Freilauf zu verkaufen

Atzendorf 27.

Sehr gutes großes

Klavier

fast neu, für 10000 Mark zu verkaufen. Ang. unt. 3487 an die Exped. d. Bl.

Ein Smyrnateppich, 3×4 m, **ein gr. Goldrahmen**

zu verk. Hälterstraße 1.

Zwiebeln, Futterrüben, Futtermöhren

verkauft billigst

Fr. Freygang,

Gr. Ritterstr. 7. Teleph. 424.

Große grüne Heringe

sind wieder eingetroffen bei

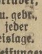
Emil Wolff, Roßmarkt

Magenleidende

lassen sich sofort Magenpulver „Lewas" senden. Ganz vorzügl. bewährt u. ärztl. empf. bei Verdauungs- u. Magenbeschwerden, Darmträgheit, Sodbrennen, Magensäure, Blähungen, Aufstoßen, Übelkeit, Appetitlosigk. etc. Preis 1 Schachtel M. 8,— vorzügl. Kur (4 Teile M. 26,—.) Apotheker Grebe, Laboratorium, Berlin 144, S. W. 61.

Speisezwiebeln,

5 Pfund 3 Mk., zu verkaufen Wagnerstr. 8.



Geldschränke, Kassetten, Mauerschränke sof. liefb. Preisl. umf. H.&F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Empfehle Damen- und Herren-**Fahrräder,** neu u. gebr., in jeder Preislage.

Bereifungen zu herabgesetzten Preisen. Sämtliche Ersatzteile, Reparaturen aller Art.

Rich. Gärtner, U.-Altenburg 4.

Kunstfärberei
Chem. Reinigung
Hutumpresserei
Fell-Färberei
Fell-Gerberei
Kunststopferei
Handschuh-Färberei
Handschuh-Reinigung
Plissee-Presserei

Annahme:

Hel. Horn, Merseburg,
Gr. Ritterstraße 6.

Landwirtschaftl. Inventarauktion.

Donnerstag den 3. März d. J., vormittags 10 Uhr, werde ich im Karl Jauckschen Grundstück zu Göhlitzsch bei Merseburg wegen Wirtschaftsveränderung folgendes Inventar öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern, als:

3 neumilch. Kühe, 1 Halbverdeck, 1 3" Wagen, 1 Jauchenwagen m. Faß, 1 Marktwagen, 1 Break, 1 zweirädr. Wagen, 1 Schlitten, 1 Drill-, 2 Hack-, 1 Reinigungs-, 2 Häcksel-, 2 Rübenschneidemaschinen, 1 Pferderechen, 1 Schrotmühle m. Sichter, 1 Zentrifuge, 1 Butterfaß, 1 Kleesämaschine, 1 Doppelrodehacke, Pflüge, Eggen, Krümmer und Walzen, 1 Diemenplane (10×10), 1 paar Kutschgeschirre, 1 Sattel und verschiedene andere Wirtschaftsgeräte.

Im Auftrage des Besitzers: Albert Franke, beeid. Auktionator.

Bei obiger Versteigerung kommen noch einige neue Möbel als: 1 kompl. Schlafzimmereinrichtung (Eiche m. Marmorpl.), 1 Ausziehtisch, mehr. Stühle, 1 Sofa, 1 Kleiderschrank, 1 Nähmaschine (gebraucht), zum Verkauf. D. O.

Persil

Persil wäscht schneeweiß, ersetzt Rasenbleiche, schont und erhält die Wäsche, spart Arbeit Seife u. Kohlen. Bestes und billigstes selbsttätiges Waschmittel

Preis Mk. 4.— das Paket

Henkel & Cie., Düsseldorf.

In ½ Stunde vernichten Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleider-**Läuse** sow. Brut (Niss.) Wanzen, Flöhe, b. Mensch. u. Tier. „Alesolda", g. gesch. Mitt. Wund. unschädl. Verk. nur Fr. Freygang, Gr. Ritterstr. 7.

der Saal vollends, aber der Benjamin des Reichstages machte sich nichts daraus und polterte munter darauf los.

Nach einem nochmaligen Hin und Her zwischen rechts und links über den Fall van den Kerkhoff schloß dann endlich die allgemeine Aussprache, und es wurden ohne wesentliche Debatte eine Reihe von Kapiteln des Etats angenommen. Dann folgte die Annahme des Gesamtetats und danach fast debattelos die des Etats des Reichsverkehrsministeriums (Abteilung für Wasserstraßen).

Um 7½ Uhr vertagte sich das Haus auf morgen 1 Uhr mit der Tagesordnung: Postgebührenordnung, Entlastung der Gerichte, kleine Vorlagen.

*

Reichswehr und Politik

war das Thema der gestrigen Aussprache im Ausschuß des Reichstages für das Reichswehrgesetz. Wenn man sich auch allgemein darüber einig war, daß man Soldaten einschließlich Offizieren das Recht und die Möglichkeit, sich politisch zu unterrichten, nicht nehmen dürfe, so gingen die Meinungen auseinander, ob ihnen die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und Teilnahme an politischen Versammlungen gestattet werden könne. Das Zentrum und die Rechtsparteien wollten dies unter keinen Umständen gestatten, die sozialistischen Parteien forderten volles politisches Vereinsrecht nud Wahlrecht. Der Demokrat Haas führte aus, daß die politische Agitation in der Truppe Disziplin und Kameradschaft untergraben würde. Es müßte aber auch mit aller Strenge dafür gesorgt werden, daß die Offiziere nicht versuchen, politisch auf die Truppe einzuwirken. Die Truppe als solche müsse unpolitisch und damit unparteiisch sein, sie müsse wissen, daß sie auf dem Boden der Verfassung dem ganzen Volke zu dienen habe. Im gleichen Sinne äußerte sich der Reichswehrminister Geßler, der warnend auf das Beispiel der spanischen und neuerdings der österreichischen Armee hinwies, die bereits ganz offenkundig in sozialdemokratische und christlich-soziale Gruppen gespalten sei.

Antisoziale Gesinnung der Deutschnationalen.

Die am Montag eingebrachte Entschließung der Demokraten auf Fahrpreisermäßigungen für Fahrten zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken, zum Besuche der Volkshochschulen, zu Schulausflügen, zu Gunsten der Jugendpflege, unter Zugrundelegung des Fahrpreises der 4. Klasse bei einer Teilnahme von mindestens 6 Personen wurde gestern im Haushaltungsausschuß angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen! Angenommen wurde ferner der demokratische Antrag, die Fahrpreisermäßigungen für Arbeiter, insbesondere die Einrichtung der Monatsnebenkarten, bestehen zu lassen und auf minderbesoldete Beamte und Angestellte auszudehnen. Weiter wurde der Antrag Delius zur Linderung der Not der Diätare und Anwärter angenommen, endlich ein Antrag des Demokraten Pachnicke, der unter allen Umständen eine Mitwirkung des Reichstages bei der Tarifgestaltung, die am besten beim Eisenbahnfinanzgesetz erfolgen könne, forderte. Interessant war die Feststellung, daß die Polen noch etwa 30 000 Wagen zurückhalten und neuerdings nach dem Machtworte der Entente weitere 300 Lokomotiven abzuliefern sind. Beim Kapitel „Bahnanlagen" wurde auf Veranlassung des Abg. Wieland (Dem.) eine Entschließung angenommen, wonach für Anschlußgleise nur die durchschnittlichen Selbstkosten gefordert werden dürfen und daß bei der Gebührenfestsetzung auch auf die Leistungsfähigkeit der schwächeren Anschlußbesitzer Rücksicht zu nehmen ist.

Provinz und Nachbarländer.

Keine Schädigung Halles im Eisenbahnverkehr.

Die Befürchtung, daß Halle im Eisenbahnverkehr zugunsten Leipzigs stark benachteiligt und daß sogar die Eisenbahndirektion von Halle nach Leipzig verlegt werden könne, hat in letzter Zeit die Öffentlichkeit mehrfach beschäftigt. Von verschiedensten Seiten sind Schritte getan, einer solchen Gefahr rechtzeitig vorzubeugen. Gering zu schätzen war sie nicht, wenn man sich vor Augen hält, wie eifrig und zähe Leipzig arbeitet, sich bessere Eisenbahnverhältnisse zu schaffen. Eine größere Anzahl Vereine in Halle hat sich auch an unseren Reichstagsabgeordneten Delius gewendet, und ihn gebeten, in der Sache vorstellig zu werden. Herr Delius, der zwar nicht der Ansicht war, daß schon Gefahr im Verzuge sei, hat sich dennoch am Sonnabend in Berlin mit dem Reichsverkehrsminister Groener und dem Staatssekretär Stieler in Verbindung gesetzt und beide Herren haben ihm versichert, daß die Frage der Verlegung der Eisenbahndirektion noch niemals Gegenstand der Erörterung gewesen sei, noch erwogen werde. Es sei das lediglich Stimmungsmache gewisser Leipziger Zeitungen gewesen. Abg. Delius, der schon in der Nationalversammlung die Verlegung scharf bekämpfte, ließ sich außerdem noch von beiden Herren bestätigen, daß keine Gefahr bestehe, daß Halle seiner Bedeutung als Eisenbahnknotenpunkt durch Umleitung des Verkehrs entkleidet werden könnte.

Damit darf die Öffentlichkeit in Halle sich wohl einstweilen zufrieden geben.

Protestkundgebung gegen die Ententeforderungen in Magdeburg.

Magdeburg, 1. März. An dem oberschlesischen Volkstag für die Provinz Sachsen, Anhalt und Braunschweig nahmen über 30 000 Personen teil. Ein Protestkundgebungszug gegen die unerfüllbaren Forderungen der Entente und für das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland vereinigte 15 000 Mitglieder nahezu sämtlicher Magdeburger und vieler auswärtiger Korporationen und Vereine mit ihren Fahnen und Bannern. Nur die freien Gewerkschaften hatten sich ausgeschlossen. Der Zug bewegte sich vom Kaiser-Wilhelmsplatz nach dem Domplatz, wo von vier Rednern zündende Ansprachen gehalten wurden. Unter dem Geläut aller Glocken des Domes wurde dann im Sinne der Kundgebung eine Entschließung angenommen.

Entente-Gerichtsvollzieher in der Provinz.

Halberstadt, 1. März. Ein Ausschuß französischer Offiziere traf dieser Tage hier ein, um sich von der Vernichtung der militärischen Akten der hier während des Krieges zusammengestellten Truppenteile zu überzeugen. Es wurden unter ihrer Aufsicht 72 Zentner Akten vernichtet.

Aken (Elbe), 1. März. Die hiesigen Schiffseigner müssen 21 Fahrzeuge an die Entente abliefern. Sie erhalten dafür den dreifachen Kaufpreis des Friedenswertes.

Kleine Rundschau in der Provinz.

In dem Riebeckschen Tagebau bei Reußen hat man eine kräftige Wasserader angehauen. Stellenweise steht das Wasser schon 8 bis 10 Meter hoch. — In Altmittweida ist die Tochter des Maurerehepaares Brabandt tot in ihrem Schlafzimmer aufgefunden worden. Der Tod war durch Gasvergiftung eingetreten. Das Ehepaar wurde wegen Mordverdachtes verhaftet. — In Greiz wurde ein Brief gezeigt, der aus einem ehemalig deutschen, jetzt polnischen Orte abgeschickt und mit 10 M frankiert worden war. Hierin spiegelt sich die polnische Geldentwertung wieder. — In diesem Jahre kann die Stadt Löbau auf ein 700 jähriges Bestehen zurückblicken. Das Jubiläum soll durch eine Feier festlich begangen werden. — Die Kraftverkehrsgesellschaft Sachsen-Anhalt in Magdeburg beabsichtigt, zum 1. Mai eine Kraftomnibusverbindung Halberstadt—Derenburg—Wernigerode—Schierke und zurück einzurichten. — In Königslutter erschoß der Kutscher Meyer beim Antritt seines Dienstes in der Meinerschen Kohlenhandlung seinen Mitarbeiter Dube ohne Grund. — Auf den Passendorfer Wiesen ist in der vergangenen Woche die dort stehende Schutzhütte des Jagdpächters gestohlen worden. — In Eisenach ist in den letzten Tagen ein angeblicher Zahnarzt mit seiner Frau aufgetreten, die in einem Hotel abstiegen, eine beträchtliche Zeche machten und ohne zu bezahlen verschwanden. Das Betrügerpaar wird bereits steckbrieflich gesucht. — Auf dem Bahnhof Wandersleben wurden in einer der letzten Nächte von einer Weiche verschiedene Teile gelöst. Glücklicherweise wurde das Verbrechen von einem Beamten rechtzeitig bemerkt. Die Eisenbahnverwaltung hat auf die Ermittlung des Täters 1000 Mark ausgesetzt. — Die Bergarbeiterschaft des Meuselwitzer Kohlenreviers hat durch Einlegung von unbezahlten Sonntagsschichten eine so große Menge Kohlen unentgeltlich gefördert, daß auch an die minderbemittelte Bevölkerung von Altenburg ein ansehnlicher Teil abgegeben werden konnte. — In Thale sind in der vergangenen Woche durch die Zoll- und Polizeibehörden etwa 50 000 unversteuerte Zigarren und Zigaretten beschlagnahmt worden. — Auf dem Wege nach Custrena wurde am hellen Tage die Zimmermannsfrau Rosenhahn von zwei Radfahrern überfallen und ihres Geldes beraubt. — In Halle wurde in dem Uhren- und Goldwarengeschäft von Kochanowski das Schaufenster zertrümmert, nachdem das davor befindliche Eisengitter zerschnitten worden war. Es wurden Schaufensterausstellungsgegenstände im Werte von 5460 M gestohlen. — In der Buddestraße in Halle wurden in einer Schrebergartenlaube eine männliche und eine weibliche Person in bewußtlosem Zustande aufgefunden. Anscheinend liegt Selbstmordversuch vor. — In Langensalza beschlossen die Stadtverordneten, für Wohnungsbauten eine Anleihe von 2 Millionen Mark aufzunehmen. — Der Direktor des Elektrizitätswerkes Elsterwerda, Seek, ist flüchtig geworden, nachdem er größere Summen veruntreut und große Mengen Materialien zum Ausbau des Leitungsnetzes verschoben hatte. — In Oelsnitz wurde die Weberfamilie Riedel, durch Leuchtgas vergiftet, bewußtlos in ihrer Wohnung aufgefunden. Die 20 jährige Tochter war bereits tot.

Amtliche Bekanntmachungen.

(Fortsetzung.)

Für Getreideablieferungen, die erst nach Ablauf des 30. Juni stattfinden, dürfen also Bezugsscheine von den Kommunalverbänden nicht mehr ausgestellt werden.

Der Anspruch auf Lieferung erlischt ferner, wenn der Bezugsschein nicht binnen 2 Monaten nach Ausstellung, spätestens aber bis zum 31. August 1921, der von der Bezugsvereinigung bestimmten Stelle vorgelegt worden ist. Die Frist gilt als gewahrt, wenn ausweislich des Poststempels der Bezugsschein spätestens am letzten Tage der Gültigkeitsdauer bei der Post aufgeliefert worden ist.

Über die Art der Lieferung wird die Kreiskornstelle die Ortsbehörden in einem besonderen Schreiben aufklären.

Auch den Deputatberechtigten ist durch den Austausch Gelegenheit gegeben, sich ein gutes und billiges Futtermittel zu beschaffen.

Merseburg, den 24. Februar 1921.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Lehnsdorf.

93] **2. Nachtrag**
zur Ordnung betreffend die Erhebung einer Hundesteuer im Kreise Merseburg.

Auf Grund des Beschlusses des Kreistages hiesigen Kreises vom 13. November 1920 wird die Hundesteuerordnung vom 7. Juli 1904 und der hierzu ergangene 1. Nachtrag vom 12. April 1916 wie folgt abgeändert:

Punkt 1.

Die jährlich für einen Hund zu entrichtende Steuer (§ 1, Abs. 1) beträgt vom 1. April 1921 ab statt 6 M. 20 Mark.

Die von gewerbsmäßigen Hundezüchtern zu zahlende Steuer (§ 1, Abs. 2) erhöht sich vom gleichen Zeitpunkte ab von 20 M. auf 150 M. jährlich.

Punkt 2.

§ 5 der Hundesteuerordnung, der bestimmt, welche Hunde steuerfrei sind, wird durch Anfügung folgenden Absatzes hinter Buchstaben d ergänzt:

e) Hunde, die von tauben, blinden oder sonstigen hilflosen Personen zu ihrer Bewachung oder zu ihrem Schutze gehalten werden.

Merseburg, den 27. Dezember 1920.

Der Kreisausschuß des Kreises Merseburg.
J. V.: gez. Kürsten, Kreisdeputierter.

Beschluß.

Der von dem Kreistage zu Merseburg beschlossene 2. Nachtrag zur Hundesteuerordnung wird genehmigt.

Merseburg, den 12. Januar 1921.

Der Bezirksausschuß zu Merseburg.
(L. S.) gez. Unterschrift.

Zu vorstehender Genehmigung spreche ich auf Grund des § 20 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 und der mir durch Erlaß der Herren Minister des Innern und der Finanzen vom 28. Februar 1907 erteilten Ermächtigung meine Zustimmung aus.

Magdeburg, den 29. Januar 1921.

Der Oberpräsident.
(L. S.) In Vertretung: gez. Unterschrift.

Veröffentlicht:
Merseburg, den 24. Februar 1921.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. Lehnsdorf.

Stadt Merseburg.

Ausgabe von Butter für Kranke
am Sonnabend, den 5. März 1921.

Es werden zugeteilt:
Auf jede Zusatzfettmarke mit dem Aufdruck K
50 Gramm Butter zum Preise von 1.55 Mark.

Merseburg, den 1. März 1921.

L A II 3235/20. Das städt. Lebensmittelamt.

Amtliche Bekanntmachungen für den Kreis Merseburg.

Stück 17 | Merseburg, 2. März | 1921

588] **Auslosung von Kreisanleihescheinen.**

Bei der diesjährigen Auslosung von 21 000 M Kreisanleihescheinen vom Jahre 1883 — I. Anleihe — sind folgende Nummern gezogen worden:

lit. A. à 3000 M Nr. 11, 21;
lit. B. à 1000 M Nr. 67, 69, 95, 128, 145, 149, 159;
lit. C. à 500 M Nr. 186, 222, 269, 273, 279, 314, 339, 352, 355, 394;
lit. D. à 200 M Nr. 431, 456, 469, 592, 595, 596, 605, 673, 708, 733, 743, 851, 864, 865, 867.

Diese Anleihescheine werden den Inhabern mit der Aufforderung gekündigt, die Kapitalbeträge vom 1. Juli 1921 ab bei der hiesigen Kreiskommunalkasse gegen Rückgabe der Anleihescheine, sowie der noch nicht fälligen Zinsscheine und der Zinsanweisungen in Empfang zu nehmen.

Eine Verzinsung über den 1. Juli 1921 findet nicht statt. Der Wert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrage gekürzt.

Aus früheren Auslosungen sind noch nicht eingelöst:

I. Anleihe: lit. A. Nr. 4, C. Nr. 181, 189, 191, 242, 245, D. Nr. 495, 501.

II. Anleihe: lit. B. Nr. 95; D. Nr. 590, 611, 681; E. Nr. 1191, 1240.

Merseburg, den 2. November 1920.

Kreisausschuß Merseburg.
J. V.: Kürsten, Kreisdeputierter.

83] **Aufstellung der Landbeschäler im Jahre 1921.**

Zur Benutzung seitens der Herren Pferdezüchter werden im Kreise Merseburg auf den nachstehend aufgeführten Deckstellen vom 15. Februar ab bis Mitte Juli d. J. die Beschäler des Preußischen Landgestüts Kreuz aufgestellt

Deckstelle Lützen 2 Beschäler,
Deckstelle Wallendorf 3 Beschäler.

Dieselben sind bereits auf den Deckstellen eingetroffen. Am 15. d. M. hat die Stutenbedeckung bereits begonnen.

Unter Bezugnahme auf die in Stück 5 des Regierungsamtsblattes veröffentlichte diesbezügliche Bekanntmachung des Herrn Gestütdirektors weise ich noch auf folgendes besonders hin:

1. Die Nationale der Beschäler unter Angabe der Deckpreise werden im Stalle der Deckstelle ausgehängt.

2. Stuten, welche alt, schwach, mit Erbfehlern behaftet, an Druse oder sonstigen ansteckenden Krankheiten leiden, oder aus Orten sind, in denen ansteckende Krankheiten herrschen, bezw. unlängst geherrscht haben, dürfen den Beschälern nicht zugeführt werden.

Ganz besonders wird auch auf Nr. 12 der öffentlich ausgehängten Bekanntmachung hingewiesen, wonach die Gestütverwaltung für Beschädigungen oder Verletzungen irgend welcher Art sowohl der Stuten wie der Besitzer bezw. deren Beauftragten keinerlei Haftung übernimmt oder Gewähr leistet.

3. Infolge der Unmöglichkeit, die Haferversorgung der Beschäler während der Deckzeit in genügender Weise sicherzustellen, wird im Einverständnis mit dem Landwirtschaftsministerium und der Reichsgetreidestelle für jede zur Bedeckung kommende Stute ¾ (75 Pfund) Hafer gegen Zahlung des Höchstpreises erhoben werden. Die Gestütwärter haben Anweisung, die Bedeckung der Stuten erst nach erfolgter Ablieferung des Hafers ausführen zu lassen.

4. Es ist in den nächsten Jahren als Folge des Krieges und der Bestimmungen des Friedensvertrages mit einem großen Mangel an Pferden zu rechnen. Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß es im vaterländischen Interesse erwünscht und in wirtschaftlicher Hinsicht geboten ist, möglichst alle Stuten, die sich zur Zucht eignen, den Hengsten zuzuführen.

Merseburg, den 22. Februar 1921.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Lehnsdorf.

84] Der Herr Reichsminister der Finanzen beabsichtigt auf Grund des § 52 des Einkommensteuergesetzes in die endgültigen Ausführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die Steuerkarten über das Kalenderjahr hinaus solange verwendet werden können, bis sämtliche Einlagebogen aufgebraucht sind.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat sich auch damit einverstanden erklärt, daß neue Steuerkarten schon jetzt nur insoweit ausgestellt werden, als die Steuerkarten der Arbeitnehmer bereits vollständig aufgebraucht sind.

Den Gemeindebehörden zur Beachtung mitgeteilt.

Merseburg, den 15. Februar 1921.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Lehnsdorf.

90] **Bekanntmachung.**

Die Metallmobilmachungsstelle hat mir eine Liste über den Rest der noch vorhandenen für Kriegszwecke beschlagnahmt gewesenen Kirchenglocken übersandt.

Dieselbe liegt bis 17. März d. J. auf dem hiesigen Landratsamt zur Einsicht aus.

Etwaige Rückkaufsanträge sind an die Metallmobilmachungsstelle in Berlin zu richten.

Merseburg, den 22. Februar 1921.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Lehnsdorf.

91] **Betrifft: Viehzählung.**

Die am 1. März 1921 fällige vierteljährliche Viehzählung fällt aus.

Merseburg, den 26. Februar 1921.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Lehnsdorf.

92] **Abgabe von verbilligtem Mais und Maisfuttermehl im Austausch gegen Getreide.**

Das Landesgetreideamt hat für die Abgabe von verbilligtem Mais und Maisfuttermehl im Austausch gegen Getreide folgende Bestimmungen erlassen:

1. Bezugsrecht.

Anspruch auf Lieferung von verbilligtem Mais haben, d. h. bezugsberechtigt sind:

1. diejenigen Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, die
a) 70 (siebzig) v. H. ihrer Mindestablieferungsschuldigkeit an Brotgetreide und Gerste;
b) 50 (fünfzig) v. H. ihrer Mindestablieferungsschuldigkeit an Hafer erfüllt haben, für alle diese Hundertsätze übersteigenden Lieferungen.

Hierbei sind diejenigen Mengen, die unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen über den Saatgutverkehr zu Saatzwecken veräußert worden sind, als abgeliefert anzusehen. Soweit mit anerkanntem Saatgetreide (Original- und anerkannte Absaaten) bestellte Flächen bei der Festsetzung der Mindestablieferungsschuldigkeit außer Ansatz gelassen worden sind, erhöht sich die Mindestablieferungsschuldigkeit um die von diesen Flächen vorschriftsmäßig veräußerten Saatgutmengen.

2. Deputatempfänger für alles aus Deputatmengen abgelieferte Getreide.

2. Umfang und Art des Bezugsrechts.

Die Bezugsberechtigten haben Anspruch auf Lieferung von Mais in der gleichen Menge, wie sie Getreide über die genannten Hundertsätze hinaus bereits geliefert haben und noch liefern oder, soweit es sich um Deputatempfänger handelt, wie sie überhaupt Getreide geliefert haben und noch liefern. Für die Ablieferung von Hafer kann nach Wahl der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte in Berlin, welche mit der Einfuhr und der Lieferung der nötigen Maismengen betraut ist, statt Lieferung der gleichen Menge Körnermais Lieferung der 1½-fachen Menge Maisfuttermehl erfolgen.

3. Preis des Maises.

Der Preis beträgt für 100 Kilogramm netto losen Mais 120 M (ohne Sack) und für 100 Kilogramm brutto Maisfuttermehl (einschl. Sack) 90 M. Die näheren Lieferbedingungen ergeben sich aus der Rückseite der Bezugsscheine (Blatt Nr. 2) und aus den Bestimmungen der Bezugsvereinigung, die durch die von ihr bestimmten Stellen bekannt gegeben werden. Etwaige Anfragen sind nur an diese Zweigstellen der Bezugsvereinigung zu richten. Die Bezugsvereinigung selbst (in Berlin) muß die Erledigung solcher Anfragen ablehnen.

4. Zeitliche Begrenzung und Erlöschen des Bezugsrechts.

Der Anspruch auf Lieferung von Mais ist nur für Getreideablieferungen, die bis zum 30. Juni 1921 einschließlich erfolgt sind, gegeben.

(Fortsetzung siehe oben Spalte 3 dieser Seite.)

Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210302-14/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- u. Bezugsgeld. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 51 | Mittwoch den 2. März 1921 | 47. Jahrg.

Deutschlands Gegenvorschläge: 50 Milliarden Goldmark!

Es ist notwendig, zu erkennen, daß das deutsche Volk ein Lebensinteresse daran hat, sich in London mit seinen Vertragsgegnern zu einigen. Diese Einigung darf aber kein zweites Versailles, darf kein zweites Spa werden, die Einigung darf kein Diktat sein, sondern sie muß das sein, was das Wort wirklich besagt, eine Einigung. Das sollten auch die Katastrophenpolitiker von ganz rechts und ganz links bedenken, die ein Scheitern der Verhandlungen auf jeden Fall wünschen, weil diese Phantasten dann hoffen, die Revancheträume oder die Moskauer Träume verwirklichen zu können. Aber auch diejenigen, die die jetzt bekanntgegebenen Gegenvorschläge als viel zu weitgehend ansehen, sollten sich in ihren Betrachtungen richtig einstellen. Es ist verständlich, wenn Zweifel daran gehegt werden, ob diese Vorschläge tatsächlich ausgeführt werden können, und wegen der Höhe sind ja auch von maßgebender Finanzseite derartige Bedenken erhoben worden. Wichtiger ist aber eines: Wir mußten bis an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit gehen. Von dieser Auffassung waren auch die industriellen Sachverständigen durchdrungen, auf deren Vorschläge wohl in erster Linie die jetzigen Gegenvorschläge zurückzuführen sind. Wir mußten auch die Entente von unserem guten Willen überzeugen, wir durften ihn nicht nur ausdrücken, betonen oder rhetorisch unterstreichen, sondern wir mußten ihn bis in die letzten Winkel, bis in die letzten Einzelheiten haarscharf beweisen. Das ist durch die deutschen Gegenvorschläge voll geschehen. Endlich kommt dazu noch ein weiteres politisches Moment, das beachtet werden muß, wenn Bedenken deshalb geäußert werden, weil wir in gewissem Sinne über die Gegenvorschläge, die seinerzeit von der deutschen Friedensdelegation in Versailles gemacht wurden, hinausgegangen sind Wir waren beim ersten, das heißt in Versailles, in unseren Entschlüssen frei, beim zweiten sind wir Knechte, das heißt wir sind jetzt durch den unterzeichneten Versailler Frieden gebunden. Die Entente mag an den Stimmen des Widerspruchs, die bei uns im eigenen Lande laut geworden sind, ermessen, wie ernst es der deutschen Regierung mit ihren Gegenvorschlägen ist. Nun wird auch verständlich, warum der Minister Simons immer wieder gefordert hat, daß das deutsche Volk hinter der Regierung stehen möge. Die deutschen Gegenvorschläge bürden uns eine ungeheure Last auf, aber über allem steht das furchtbare Muß und die Gefahr, daß uns Unerträgliches aufgebürdet wird, wenn das deutsche Volk jetzt nicht zu den Gegenvorschlägen der deutschen Regierung steht. Wir haben wirklich getan, was wir konnten; wir sind bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit gegangen. Nun hat Lloyd George das Wort.

*

Die Deutschen sollen nicht weiter gehört werden, weil die Franzosen besetzen wollen!

London, 2. März. (T.U.) Der Sonderberichterstatter der Agence Havas in London berichtet, daß das Hauptergebnis der gestrigen Nachmittagssitzung der Vertreter der Alliierten der einstimmige Beschluß gewesen sei, keine weiteren Darlegungen der Deutschen über ihre Gegenvorschläge entgegen zu nehmen. Die deutschen Gegenvorschläge seien einstimmig als unannehmbar und sogar undiskutabel bezeichnet worden.

Paris, 2. März. (T.U.) Die heutigen Pariser Morgenblätter sind einstimmig in der Ansicht, daß die Rede des deutschen Außenministers Dr. Simons auf die Alliierten den schlechtesten Eindruck gemacht habe. Frankreich habe den Wunsch, die Strafmaßnahmen sofort durchzuführen. Dieser Auffassung wird jedoch von englischer und italienischer Seite lebhaft widersprochen. Dem „Echo de Paris" ist zu entnehmen, daß Lloyd George vorderhand nur wirtschaftliche Strafmaßnahmen wünscht. Im Namen der italienischen Delegierten erklärte Graf Sforza, der Buchstabe und der Geist des Vertrages von Versailles müßten beachtet werden. Unbedingt sei also der 1. Mai abzuwarten. Wenn die Alliierten eine andere Haltung einnähmen, könnten die Deutschen selbst in den Ententeländern Anhänger finden, wodurch eventuell die Anwendung der militärischen Strafmaßnahmen auf Schwierigkeiten stoßen würde und Deutschland sich an den Völkerbund wenden könnte.

Paris, 2. März. (WTB.) Pertinax berichtet im „Echo de Paris": Lloyd George habe gestern vorgeschlagen, man solle einfach die Verkäufe Deutschlands in den alliierten Ländern mit einer Taxe von 50 Prozent belegen. Dagegen werde Frankreich vorschlagen: 1. die Beschlagnahme der deutschen Zolleinnahmen am linken Rheinufer gemäß Artikel 270 des Friedensvertrages, 2. die Errichtung eines autonomen Zollsystems im Rheinland, 3. die Beschlagnahme der rheinischen Kohlenhäfen. — Im „Petit Journal" wird von einer weiter geplanten Maßnahme gesprochen, nämlich der Besetzung von Mannheim und des Hamburger Hafens durch eine englische Seedivision.

Brüssel, 2. März. (WTB.) Der Chef des belgischen Generalstabes wurde von der belgischen Delegation eiligst nach London berufen.

Die Pläne der Franzosen,

die im Falle einer Weigerung Deutschlands zur Anwendung kommen sollen, werden, nach einer telegraphischen Meldung des Wolff-Büros aus London, fast von der ganzen englischen Presse besprochen. Daily Expreß gibt den folgenden Aktionsplan wieder: Die Belgier würden die Gegend von Dortmund besetzen. Die Franzosen würden sich der Stadt Frankfurt am Main bemächtigen, um dann später nach Süddeutschland und unter Umständen bis nach München vorzustoßen. Auf diesem Wege wollen sie dann die Einwohnerwehren mit Gewalt entwaffnen. Der Hafen von Hamburg soll durch eine alliierte Flotte blockiert werden. Wenn England sich dazu nicht bequemen wolle, würden die Franzosen auch diese Aktion übernehmen.

Berlin, 2. März. Der Londoner Berichterstatter der „B. Z." drahtet seinem Blatte: Der Beschluß der Alliierten, heute die militärischen und juristischen Sachverständigen zu Rate zu ziehen und das Ergebnis dieser Beratungen im ganzen den Deutschen mitzuteilen, kann in seiner Tragweite garnicht überschätzt werden. Es handelt sich um nichts weniger als um die Frage, wann in Deutschland einmarschiert werden soll. Die Frage, ob dies geschehen soll, steht garnicht auf der Tagesordnung. Die juristischen Sachverständigen sollen nur ihr Gutachten abgeben, ob nach dem Versailler Vertrag ein Einmarschieren vor dem 1. Mai gestattet ist oder nicht. Der französische Ministerpräsident fordert, daß sofort einmarschiert werden soll. Graf Sforza erklärt, daß eine Okkupation rechtlich unzulässig sei.

Deutschlands Standpunkt.

Berlin, 2. März. (WTB.) Nach hier vorliegenden Nachrichten scheinen die deutschen Gegenvorschläge bei den Alliierten einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen zu haben, wie es ja die Äußerungen Lloyd Georges in der gestrigen Sitzung der Konferenz vermuten ließen. Es wird sich heute herausstellen, ob nach dem Verlaufe der gestrigen Sitzung eine Grundlage für weitere Verhandlungen gefunden werden kann.

Berlin, 2. März. (Telegramm unserer Berliner Redaktion). Bis zu den heutigen Mittagsstunden lagen im hiesigen Auswärtigen Amt keine neuen Nachrichten aus London vor. Zu der Kritik von Seiten der Entente an den deutschen Gegenvorschlägen, wie sie in einer Havasmeldung geübt wird (die wir an anderer Stelle wiedergegeben haben D. R.) wird von gut unterrichteter Stelle erklärt: Die Hauptaufgabe der deutschen Gegenvorschläge war, wenigstens einen Teil der deutschen Schuld zu mobilisieren. Hierfür wiesen die Vorschläge den Weg. Wenn Kritik daran geübt wird, daß zunächst nur acht Milliarden in Form einer Anleihe aufgenommen werden sollen, so war hierfür die Erwägung maßgebend, daß der Weltmarkt für eine größere Summe nicht aufnahmefähig wäre. Der Zinsendienst für eine solche Anleihe wäre so schwer, daß im Voraus feststeht, daß Deutschlands Wirtschaft unter dieser Last zusammenbrechen würde. Die Bemängelung der deutschen Vorleistungen erfolgt, ohne daß ein Beweis erbracht wird. Die ganze Kritik der Gegenseite bedeutet, daß man dort unsere Vorschläge leichtfertig verurteilt, ohne sie eingehend zu prüfen.

Mit der Abreise unserer Vertreter muß gerechnet werden.

London, 1. März. Die Situation muß nach der ersten Sitzung als sehr ernst angesehen werden und die Abreise der deutschen Delegation am Mittwoch ist keineswegs ausgeschlossen.

Lloyd George ersuchte Simons zum Schluß, seine Vorschläge schriftlich zu übergeben, setzte aber hinzu, daß diese Vorschläge nach seiner Ansicht ein gänzliches Mißverständnis der Situation zeigten und daß sie nicht einmal die Grundlage für eine Prüfung und Diskussion bilden.

Die Entscheidung der Alliierten dürfte den Deutschen morgen mitgeteilt werden.

Man erwartet einen deutschen Umfall.

Aus London wird weiter berichtet: Die Alliiertenkonferenz trat um 4 Uhr nachmittags zusammen. Die ernste Lage wird in weiten Kreisen verkannt, da man vielfach der Ansicht ist, daß die Deutschen wieder umfallen werden.

Polens Hoffnung!

Warschau, 2. März. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) In polnischen Regierungskreisen äußert man unverhohlen die Hoffnung, die Entente werde bei ihrem Einmarsch in Deutschland Polen ein Mandat erteilen. Man gibt an, französische Zusicherungen hierfür schon in der Hand zu haben.

*

Die erste Sitzung in London.

Aus London wird vom Dienstag berichtet:

Dr. Simons sprach heute um 11½ Uhr vor den Alliierten im Lancaster-Haus. Lloyd George eröffnete die Sitzung mit einigen begrüßenden Worten an die deutschen Delegierten und erklärte, daß die Alliierten folgendes Programm aufgestellt hätten: 1. Die Entschädigungsfrage. 2. Die Abrüstungsfrage. Er fragte Dr. Simons, ob dies seine Zustimmung finde, worauf der deutsche Außenminister klar mit Ja antwortete. Dann begann Dr. Simons seine Darlegungen. Er hob hervor, daß die deutschen Sachverständigen Gegenvorschläge ausgearbeitet hätten, die er hiermit der Konferenz vorlege. Dr. Simons legte dar, daß die deutschen Delegierten zwei Memoranden vorbereitet hätten, worin die Gegenvorschläge enthalten seien. Das eine beziehe sich auf die wirtschaftlichen, das andere auf die finanziellen Fragen. Dr. Simons verbreitete sich ausführlich über die sorgsame Arbeit, die in diesen Memoranden stecke und die durch die Weite der Gesichtspunkte und den Geist der Versöhnlichkeit, die darin enthalten seien, die Alliierten in Erstaunen setzen würden. Die deutsche Regierung hält die Aufstellung eines Zahlungsplanes auf folgender Grundlage für möglich:

Der Zahlungsplan der deutschen Regierung.

a) Der Jetztwert der von alliierter Seite geforderten 42 Annuitäten beträgt bei der Deutschland angebotenen Rückdiskontierung der Annuitäten mit 8 Prozent jährlich etwas über 50 Milliarden Goldmark. Ein ähnliche Ziffer ist auch in Äußerungen der alliierten Presse wiederholt genannt worden. Auf diese rund 50 Milliarden Mark sind die gesamten bisherigen Leistungen Deutschlands auf Grund des Friedensvertrages, soweit sie auf Reparationskonto gutzuschreiben sind, in Anrechnung zu bringen. Ein geringer Abzug für die Vorleistungen würde auch Gesamtzahlungen bedingen, welche über das hinausgehen, was als zukünftige deutsche Leistungsfähigkeit verständigerweise erwartet werden kann. Es wäre zweckmäßig, wenn eine besondere gemischte Sachverständigenkommission den genauen Wert der Vorleistungen baldmöglichst feststellen würde. Durch den Abzug des Wertes der Vorleistungen von dem oben angegebenen Jetztwert der in den Pariser Beschlüssen geforderten Annuitäten ergibt sich der Gesamtbetrag der von Deutschland noch zu leistenden Zahlungen. Dieser Betrag soll baldmöglichst im Wege internationaler Anleihen beschafft werden. Da es jedoch nicht möglich sein wird, den Gesamtbetrag oder auch nur den größten Teil desselben in nächster Zukunft durch eine einheitliche internationale Anleihe aufzubringen, wird zunächst eine Teilmobilisierung anzustreben sein. Zu diesem Zweck schlägt Deutschland vor, eine Anleihe in möglichst großem Umfange, etwa bis zu acht Milliarden Goldmark, auszugeben, welche möglichst auf allen internationalen Finanzplätzen zur Zeichnung gelangt und in allen Emissionsländern von Steuern jeder Art befreit sein soll. Der Zinsfuß der Anleihe soll möglichst niedrig gehalten werden, die Tilgung mit 1 bis 1½ Prozent nach fünf Jahren einsetzen. Deutschland ist bereit, für den Dienst der Anleihe den Anleihegläubigern die nötigen Sicherheiten zu gewähren. Abgesehen von dem Dienst der Anleihe übernimmt Deutschland für die nächsten fünf Jahre die Zahlung einer Annuität von je einer Milliarde Goldmark. Diese Annuitäten werden in erster Linie durch Sachleistungen gedeckt werden. Hierfür soll nach Möglichkeit der freie Verkehr zwischen deutschen Lieferanten und alliierten Bestellern eingeführt werden. Deutschland erklärt ferner erneut seine Bereitwilligkeit, durch Arbeit bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken. Auch diese Leistungen sind auf die Annuitäten zu verrechnen. Der Betrag der deutschen Reparationsschuld, der nicht sogleich durch die internationale Anleihe oder anderweitig gedeckt ist, wird mit 5 Prozent verzinst. Auf diese Zinsen kommen bis 1. Mai 1926 die oben erwähnten Annuitäten von je einer Milliarde Goldmark in Anrechnung. Der Zinsbetrag, welcher hiernach etwa noch ungedeckt bleibt, wird am 1. Mai 1926 ohne Berechnung von Zinseszinsen der Kapitalschuld zugeschlagen. Die weiteren Abmachungen über die Finanzierung der Restschuld Deutschlands, insbesondere auch über die Tilgung, welche nicht vor dem 1. Mai 1926 beginnen soll, bleiben vorbehalten. Sobald als möglich sollen weitere Teilbeträge im Wege der internationalen Anleihe ausgegeben werden.

b) Es wird angenommen, daß die in den Pariser Beschlüssen vorgesehene 12prozentige Abgabe von der deutschen Ausfuhr eine Beteiligung der Alliierten an einer in Zukunft zu erwartenden Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands bezweckt. Der [illegible]

Der Standpunkt der deutschen Regierung unverändert.

Die deutsche Regierung steht, wie wir an unterrichteter Stelle hören, nach wie vor unerschütterlich auf dem bereits bekannten Standpunkt, daß die jetzt veröffentlichten Gegenvorschläge Deutschlands das Äußerste darstellen, was wir leisten können und wozu die deutschen Sachverständigen sich verpflichten können. Man gibt sich allerdings in Regierungskreisen keinem uferlosen Optimismus hin, sondern glaubt vielmehr, daß es außerordentlich großer Mühe bedarf, die Alliierten von der Richtigkeit der deutschen Gegenvorschläge zu überzeugen. Deshalb wurde uns keineswegs verhehlt, daß die Lage ernst sei. Immerhin ist schon insofern etwas erreicht worden, daß die Alliierten offen die Absicht zugegeben haben, die deutschen Gegenvorschläge einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Die Gegenvorschläge stellen eine Verhandlungsbasis dar und es hängt von der Einsicht der Alliierten ab, ob sie diese Basis benutzen wollen oder Europa zu einer wirtschaftlichen und geschichtlichen Katastrophe bringen wollen. Das eine muß nochmals und immer wieder betont werden, daß wir bereit sind, auf der Grundlage der Gegenvorschläge zu verhandeln, daß wir aber eine Unterschrift unter ein Diktat der Alliierten, das ein Verlangen über die Grenzen dieses Möglichen darstellt, verweigern müssen.

Die sachliche Art und Weise, mit der die deutsche Regierung vorgeht, wird noch besonders betont durch eine Gegendenkschrift, die auf Grund von Sachverständigen-Urteilen zu der Denkschrift der Sachverständigen der Alliierten herausgegeben worden ist.

*

Die deutschen Denkschriften.

Berlin, 2. März. Unter den Denkschriften, die die deutsche Regierung in London überreichte, befindet sich auch eine im Reichswirtschaftsministerium bearbeitete kurze Denkschrift, die sich mit der Denkschrift der alliierten Sachverständigen über den Haushalt des Deutschen Reiches beschäftigt. Während die Alliierten bei der Prüfung der Ausgaben darauf hingewiesen haben, daß eine Reihe von sogenannten wirtschaftlichen Ausgaben (Lebensmittelversorgung, Baukostenzuschuß und Defizite bei den Betriebsverwaltungen) verschwinden müßten, und daß zusammen mit diesen Ausgaben Ersparungen von 31 Milliarden Mark gemacht werden könnten, Ersparungen, die fast ausschließlich im außerordentlichen Budget liegen, betont die deutsche Denkschrift, daß die Kernfrage die sei: Wie ist es für Deutschland möglich, den eigenen ordentlichen Bedarf und daneben noch die Ausgaben für Reparationen durch laufende Mittel aufzubringen. Die deutsche Denkschrift weist gegenüber den Schlußfolgerungen der Alliierten darauf hin, daß schon die ordentlichen Ausgaben des Reiches für 1921 43,5 Milliarden Mark betragen werden. Die Erhöhung gegen 1920 ist bedingt durch Vermehrung der Schuldenzinsen um 2,7 Milliarden und Vermehrung der laufenden Ausgaben infolge der Gehaltsaufbesserungen, wodurch drei Milliarden Mark mehr nötig werden. Es wird dann in der Denkschrift gezeigt, wie die deutsche Regierung versuchen wird, den Mehrbedarf hereinzubekommen. Die außerordentlichen Ausgaben sollen im Jahr 1921 bereits sehr stark eingeschränkt werden, nämlich auf 42,6 Milliarden, darunter 26 Milliarden Mark für die Ausführung des Friedensvertrages. Die deutsche Regierung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210302-14/fragment/page=0007